KGV
KMU- UND GEWERBEVERBAND KANTON ZÜRICH

Zürcher Wirtschaft

Die Zeitung für KMU und UnternehmerInnen > www.zuercher-wirtschaft.ch

19. 11. 2020 – 11/2020

Bauhauptgewerbe fühlt sich im Stich gelassen

Das Baugewerbe lancierte im Frühling einen Aktionsplan in der Hoffnung, dass insbesondere Städte wieder mehr Projekte ausschreiben. Diese dementieren: Nicht Corona verzögere die Infrastrukturprojekte.

Auch Zürcher KMU wie die Bereuter Bau AG wiesen auf den Fünf-Punkte-Plan hin. *Bild zvg*

Das Baugewerbe fühlt sich vom Staat im Stich gelassen – zumindest im Tiefbau. So verringerten gewisse Kantone, Städte und Gemeinden mit dem Lockdown im März ihre Ausschreibungen und vergaben weniger Aufträge. Die Zurückhaltung bei der Vergabe äussert sich aus Sicht des Baumeisterverbands Zürich/Schaffhausen vor allem bei Infrastrukturprojekten in den Städten Zürich und Winterthur.

Um Gegensteuer zu geben, lancierte die Branche einen «Fünf-Punkte-Plan» für den Weg aus der Krise. Hauptforderung ist der Appell an Behörden, Bauprojekte nicht aufzuschieben und laufende Planungen zu forcieren – doch die Bilanz ist durchzogen. Sogar der Präsident des kantonalen Gemeindepräsidentenverbands Jörg Kündig findet, dass in der Krise der Staat antizyklisch investieren sollte: «Fehlende Investitionen sind genauso eine Last für künftige Generationen wie Schulden.»

Laut Beat Aeppli, Präsident des Baumeisterverbands Winterthur, drohen Entlassungen und Schliessungen, «wenn der Staat als Monopolist für Infrastrukturen wie Bahn, Tunnelbau, Kanalisationen keine Aufträge mehr vergeben will». Mehr auf S. 6 bis 8. *(mg)*

In dieser Ausgabe

Seiten 4 bis 5

Hohe Nachfrage: Immobilienpreise sind weiter am Steigen

Seiten 9 bis 11

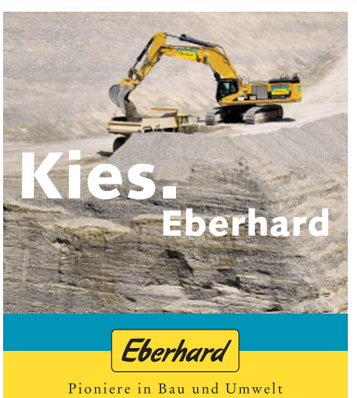
Keinen Testwahn entwickeln: Zwei Grundversorger im Interview

Seiten 12 bis 13

Keine Auftritte, viele Ideen: Peter Pfändler im Corona-Jahr

Anzeige

Wir sind Ihre Spezialisten für die Medien!
bachmann Printservice gmbh
Javastrasse 4, 8604 Volketswil
Telefon: 044 796 14 44
info@bachmann-printservice.ch
www.bachmann-printservice.ch



BusPro
Das Business-Programm
BusPro ist Kunden- und Lieferanteninfo, Auftrag, Lager, Buchhaltung, Lohn
www.buspro.ch

Partnervermittlung mit Charme
persönlich • seriös • kompetent
Löwenstrasse 25, 8001 Zürich
Telefon 044 534 19 50.
Ich freue mich auf Ihren Anruf.
Kathrin Grüneis
freieherzen.ch

AZB Post CH AG
CH-8032 Zürich
PP / Journal

Weil Sie sich jetzt nicht um Ihre Nachfolge kümmern wollen.
Zusammen immer besser.
Mehr auf zkb.ch/kmu-nachfolge
Mit dem digitalen Nachfolge-Check den ersten Schritt machen.
150 JAHRE
Zürcher Kantonalbank

Inhalt

Im Brennpunkt

Cocooning-Trend sorgt für steigende Immopreise 4
Immo-Markt zeigt sich Corona-resistent 5
So wollen Baumeister das Virus meistern 6
Konkurse nehmen zu 7
Klemmen Städte bei den Vergaben? 7–8

Aktuell

«Das ‹Gstürm› ist unverhältnismässig» 9–11
«Der Markt regelt die Comedyshows» 12–13
Rundumlösung in kontaktarmen Zeiten 20
Europa auf dem Elektrotrip und die Schweiz auf Platz 5 22

Politik und Wirtschaft

Unverantwortlicher Angriff der GSoA auf Vorsorge und Werkplatz 14
Abstimmungsparolen des KGV 14

Ratgeber

Der Beginn eines Mietverhältnisses 17

Bildung

Kanton Zürich setzt auf Talentförderung 18
Wettbewerbsarbeiten digital präsentiert 19

Kolumnen

Bähler: Kurz – kritisch – politisch 14
Rüttimann: Klatsch und Tratsch goes digital 15
Karl Lüönd: Das wird ein langer, harter Winter! 21
Wadenbeisser 22

Topadressen

Topadressen 23
Impressum 23

Besonnenheit und Pragmatismus

Thomas Hess, Geschäftsleiter KGV

Seit 34 Wochen leben wir in einer Ausnahmesituation, unterbrochen von (zu) unbeschwerten Sommertagen, die uns aufgrund der hohen Neuansteckungszahlen direkt in eine Herbstdepression hineingleiten liessen. Nicht nur die Gastro-, Hotelier- oder Reisebranche ist hart gebeutelt, sondern nun auch der KGV. Kann man eine Absage der Generalversammlung noch verkraften, so schmerzt die Absage der 16. Berufsmesse sehr. Denn für Jugendliche im Berufswahlalter entwickelte sich die Berufsmesse über die Jahre hinweg zu einem wichtigen Bestandteil des Berufswahlprozesses. Mit dem bundesrätlichen Entscheid wird nun diese Generation dieser Möglichkeit beraubt. Das Messeverbot trifft jedoch nicht nur die Jugendlichen, sondern auch die ausstellenden Berufsverbände und Partner, welche mit grossem Einsatz und Knowhow die Berufsmesse tragen. Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir unsere Verantwortung gegenüber künftigen Generationen, wie in der Bundesverfassung geschrieben, nicht ritzen. Auch Jugendliche im Berufswahlalter, mitten in der Pubertät stehend, gehören zu den vulnerablen Gruppen. Sie müssen das Covid-Virus nicht fürchten, die Folgen der Covid-Krise hingegen umso mehr. Ohne Berufsmesse ist es nun umso wichtiger, dass die Gewerbevereine ihre Berufswahlparcours im Frühling für die Jugendlichen durchführen. Über Schnupperlehren sollen sie zu einem Lehrvertrag gelangen, in einer Branche, die ihren Neigungen und Voraussetzungen entspricht.

Bei der Härtefallregelung muss der Bund nach dem Verursacherprinzip sein Paket im Minimum auf 800 Millionen Franken erhöhen, wie dies auch Finanzdirektor Ernst Stocker zu Recht von Bern fordert. Die vom Bund in Aussicht gestellten 200 Millionen für Härtefälle sind lächerlich und der Schweiz, die sich neue Kampfflugzeuge im Umfang von 5 Milliarden Franken oder jährlich 3 Milliarden für Entwicklungshilfe leistet, unwürdig. Branchen in Schräglage haben nicht per se ein Strukturproblem, das nun mit Covid bereinigt wird. Dieser oft gehörte Ansatz ist schlichtweg zynisch.

Der eingeschlagene «schweizerisch-schwedische» Weg ist nun weiterzugehen und nicht wieder zu verlassen. Der wiedererlangte Pragmatismus des Kantons Zürich, und speziell jener des USZ, ist dabei hervorzuheben. Diese kennen ihr Business und die gemachten Fehler in der ersten Welle besser als Bundesrat Berset, der sich zuletzt in die Intensivbettenplanung des USZ einschaltete.

Besonnenheit und Pragmatismus sind nun angesagt, Hyperaktivismus ist fehl am Platz.

Anzeige

Cocooning-Trend sorgt für steigende Immopreise

Entgegen den allgemeinen Befürchtungen brach die Nachfrage auf dem Eigenheimmarkt nicht zusammen. Im Gegenteil: Die Zahl der Transaktionen ist überproportional gestiegen – wie auch das Preisniveau an teuren Lagen rund um die Stadt Zürich. Der Cocooning-Effekt hat voll eingeschlagen: Wohnen gewinnt unter Corona an Stellenwert.

Ursina Kubli

Rückblickend waren unsere Immobilienpreisprognosen im Frühling viel zu vorsichtig. Während des Lockdowns erwarteten wir angesichts der sich bereits abzeichnenden Rezession stabile Eigenheimpreise. So mancher fand schon diese Prognose zu optimistisch. Wer sollte in dieser ausserordentlichen Situation an einen Eigenheimkauf denken und trotz unsicherer Arbeitsmarktlage Schulden aufbauen? Offenbar nicht wenige. Entgegen unserer Befürchtung kam es nicht zu einem Nachfragerückgang am Eigenheimmarkt. Vielmehr war die Anzahl Freihandtransaktionen im zweiten und dritten Quartal sogar höher als in den Vorjahresquartalen. Gleichzeitig setzten die Eigenheimpreise zu einer regelrechten Rallye an. Dies gilt insbesondere im Kanton Zürich, wie der Zürcher Wohneigentumsindex (ZWEX) im dritten Quartal mit einem Plus von 5,2% gegenüber dem Vorjahresquartal zeigt. Ausgerechnet da, wo das Preisniveau besonders hoch ist, namentlich in der Stadt Zürich und an den Seeufern sind die Preise am meisten gestiegen (plus 7%).

Wohnen erhält neue Bedeutung

Mit den Fundamentaldaten lässt sich diese Beschleunigung der Preise nicht vollständig erklären. Die tiefen Hypothekarzinsen locken schon lange, der Mietwohnung den Rücken zu kehren und stattdessen in den eigenen vier Wänden zu wohnen. Auch die Knappheit von Wohneigentum aufgrund des forcierten Mietwohnungsbaus ist kein neues Phänomen. Selbst die relativ stabilen Arbeitsmarktaussichten vieler gut bezahlter Arbeitsstellen dürften noch nicht die ganze Erklärung sein. Unterschätzt haben wir womöglich den psychologischen Effekt auf das Verhalten bzw. die Prioritäten der Menschen. Bereits in früheren Krisen wie zum Beispiel 9/11 oder der europäischen Schuldenkrise konnte man einen Ansturm auf Sachwerte erkennen. Menschen wollen sich in Krisenzeiten etwas Gutes tun. Dabei kommt der Wohnsituation während Covid-19 eine ganz besondere Bedeutung hinzu. Viele Haushalte haben noch nie so viel Zeit in der eigenen Wohnung verbracht. Der so genannte Cocooning-Trend verleiht derzeit nicht nur Einrichtungshäusern Auftrieb, sondern scheint auch bei manchen Mietern den Wunsch nach einem Eigenheim zu verstärken.

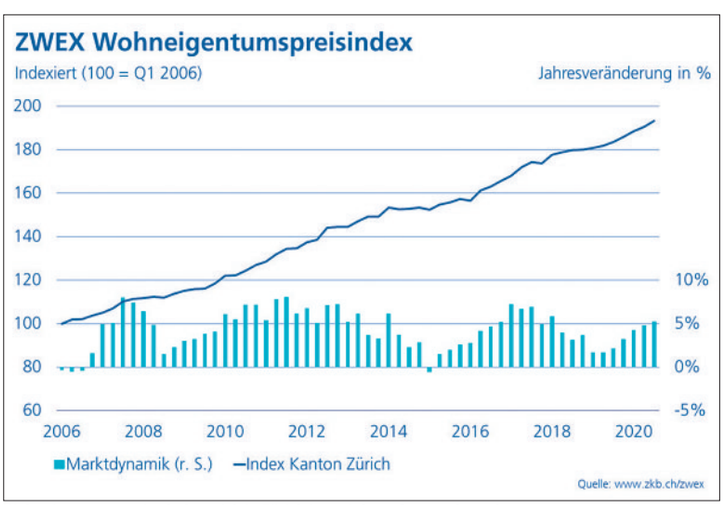
Mietzinse leicht gestiegen

Auch der Mietwohnungsmarkt spürt die Auswirkungen des Cocooning-Effekts. So sind die Angebotsmieten trotz steigender Mietwohnungsleerstände in den vergangenen Monaten leicht gestiegen. Mitverantwortlich für die stabile Lage ist die Schweizer Nettozuwanderung. Trotz Lockdown und Grenzschliessungen wegen Covid-19 im Frühjahr 2020 liegt die monatlich kumulierte Summe in der Schweiz sogar über den Vorjahreswerten. Grund dafür ist, dass die Auswanderung massiv nachgelassen hat. Daran dürfte sich in Zukunft wenig ändern. Schliesslich haben ausländische Arbeitskräfte im heutigen globalen Konjunkturumfeld im Heimatland keine besseren Perspektiven am Arbeitsmarkt. In der Schweiz hingegen sind noch immer viele in Kurzarbeit und hätten im Fall eines Jobverlusts Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung. Damit scheint ein Kollaps der Nettozuwanderung sehr unwahrscheinlich.

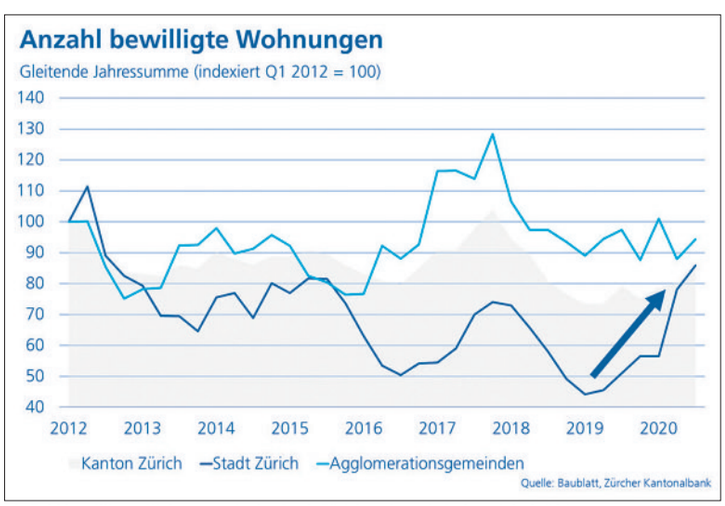
Ursina Kubli

Ursina Kubli ist Leiterin Immobilien Analytics Zürcher Kantonalbank.

Einen leichten Rückgang der Nettozuwanderung würde der Mietwohnungsmarkt problemlos verkraften. Schliesslich treibt uns im Gegensatz zum Vorjahr eine Sorge weniger um. Damals hatten wir beobachtet, wie in ländlichen Gebieten, wo die Nachfrage nach Wohnen geringer ist, sehr viele Neubauprojekte in der Pipeline waren. In städtischen Gebieten hingegen, wo Wohnraum knapp ist, schienen die Entwicklungsmöglichkeiten ausgeschöpft. Seit Anfang 2020 steigt die Zahl der bewilligten Wohnungen in der Stadt Zürich hingegen kräftig an. Wird wieder vermehrt da gebaut, wo die Nachfrage am grössten ist, dürfte das Neuangebot an Mietwohnungen gut absorbiert werden. Diese Faktoren dürften für weitere Stabilität beim Mietwohnungsmarkt sorgen. Solange das Virus grassiert und viel Zeit zu Hause verbracht wird, wird Wohnen ohnehin einen ganz besonderen Stellenwert halten. ■



Wohneigentumspreise haben sich in Zürich in 15 Jahren fast verdoppelt. *Grafiken ZKB*



Die Zahl bewilligter Wohnungen in der Stadt Zürich steigt seit Anfang Jahr kräftig.

Immo-Markt zeigt sich Corona-resistent

Der Schweizer Immobilienmarkt zeigt sich von der Corona-Krise unter dem Strich bis jetzt unbeeindruckt. Der Stellenabbau und die schlechte Auftragslage werden aber voraussichtlich zu einem Rückgang der Nachfrage nach Büroflächen sowie einem grösseren Angebot an Gewerbeflächen aus dem Bereich Hotellerie, Gastronomie und Tourismus führen.

Werden bald viele Gewerbeflächen aus dem Bereich Beherberbung und Gastronomie frei werden? Das Coronavirus sorgt in der Gastronomie für unsichere Zeiten. *Bildquelle: AdobeStock/Jordan Feeg*

Marcel Hegestschweiler

Der Immobilienmarkt reagiert erfahrungsgemäss meist etwas später auf wirtschaftliche Veränderungen. Zu Beginn des vergangenen Lockdowns kam es jedoch zu einem sofortigen rund zweiwöchigen absoluten Stillstand, wie Marcel Hug, CEO des Schweizerischen Verbands der Immobilienwirtschaft SVIT berichtet. Anschliessend habe sich die Situation im Bereich des privaten Verkaufs allerdings auch genauso schnell wieder normalisiert. Es sei gar zu einem Hoch an Anfragen für den Kauf von Wohnungen gekommen.

Das Hoch bestätigt auch Michel Benedetti, Mediensprecher bei der Immobilienberatungsfirma IAZI, der auf eine Zunahme von Such-Abos für selbstgenutztes Wohneigentum während des vergangenen Sommers hinweist. «Besonders im letzten Juni haben sich die Suchabonnemente für Wohneigentum verglichen mit demselben Monat des Vorjahres um 80 Prozent erhöht», so Benedetti.

Robuster Büroflächenmarkt

Im Investorenmarkt sieht Robert Weinert, Leiter Immo-Monitoring beim Beratungsunternehmen Wüest Partner, derzeit noch keine Auswirkungen der Corona-Krise auf den Immobilienmarkt: «Die Corona-Pandemie konnte dem Interesse der privaten und institutionellen Investoren an Immobilienanlagen bis anhin nichts anhaben.»

Das durch die Corona-Krise anspruchsvoll gewordene wirtschaftliche Umfeld mit Stellenabbau und schlechter Auftragslage in den Exportbetrieben wird gemäss Wüest Partner allerdings Auswirkungen auf das Segment der Geschäftsflächen haben. Aufgrund des insgesamt negativen Beschäftigungssaldos – im ersten Halbjahr 2020 gingen bereits schweizweit rund 58'300 Stellen verloren – rechnet das Beratungsunternehmen mit einem Rückgang der Nachfrage nach Büroflächen zwischen 70'000 und 80'000 Quadratmeter Bruttogeschossflächen. Auch für die kommenden Monate erwarten die Analysten, dass die Nachfrage etwas abnehmen sowie die Mieten für Büroflächen um 1,5 Prozent zurückgehen werden. Aktuell präsentiert sich der Büroflächenmarkt laut Robert Weinert allerdings noch in robuster Verfassung, was angesichts der ausgeprägten Trägheit dieses Teilmarktes sowie der stabilen Ausgangslage Anfang 2020 keine Überraschung sei.

Intakte Nachfrage

Könnte verstärktes Homeoffice einen Einfluss auf die Nachfrage nach Büroflächen haben? Hier zeigt sich Robert Weinert skeptisch: «Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass nur die allerwenigsten Unternehmen vollständig auf Homeoffice umstellen werden. Deshalb dürfte die Nachfrage nach Büroflächen nicht einbrechen.» Einige Unternehmen könnten aber durchaus ihren Flächenbedarf überdenken und dann bei der Suche nach neuen Domizilen weniger Flächen mieten. Dies, weil durch das Konzept des Desksharings – Mitarbeitende teilen sich Arbeitsflächen – in Kombination mit teilweise Homeoffice weniger Platz für Arbeitsplätze nachgefragt werde.

Doch auch bei einem Rückgang der beanspruchten Fläche pro Büroarbeitsplatz dürfte die Büroflächennachfrage gemäss Weinert insgesamt stabil bleiben. «Die Gründe für die intakte Flächennachfrage sind einerseits bei den Wachstumszielen der Unternehmen zu finden. Andererseits dürfte der tendenziell schwindende Bedarf an Platz für die eigentlichen Arbeitsplätze durch anderweitige Flächenbedürfnisse kompensiert werden», so Weinert weiter. Der Anteil der Unternehmen mit steigendem Bedarf an Flächen für Meetingräume, für den Kundenbereich oder Aufenthaltsräume für die Mitarbeitenden überwiege.

Büro mit sozialer Funktion

Auch Michel Benedetti von der Immobilienberatunfsfirma IAZI weist in seiner Einschätzung betreffend die Frage, ob die Arbeit im Homeoffice zu weniger Büroflächen führen könnte, auf Vorteile von Büroräumlichkeiten für Unternehmen hin: «Mitarbeitende in einer Anlernphase werden es bevorzugen, einen Teil ihrer Arbeitszeit im Betrieb zu absolvieren, um sich schnell in den Betrieb zu integrieren.» Daneben habe sich in der Lockdownzeit auch gezeigt, dass viele Arbeitnehmende den sozialen Kontakt im Geschäft vermissen würden. «Wenn ein Single die ganze Zeit in einem Homeoffice verbringt, muss er schon einen sehr guten Freundeskreis haben, um nicht in eine soziale Isolation zu geraten», so Benedetti. Gerade der letzte Grund werde nach seiner Auffassung eher zu einer Mischform führen, bei der ein Arbeitnehmer einen oder zwei Tage an einem flexiblen Arbeitsplatz im Büro sein und den Rest im Homeoffice verbringe werde.

Sorgenkind Gastgewerbe

Am meisten Arbeitsstellen gingen laut Wüest Partner durch die Corona-Krise in der Beherbergungs- und Gastronomieindustrie verloren. Robert Weinert, Leiter des Immo-Monitorings bei Wüest Partner, geht davon aus, dass in den kommenden Monaten mehr Restaurants und Hotels zur Übernahme ausgeschrieben sein werden. Aktuell lasse sich aber noch keine Erhöhung des Angebots in diesem Segment erkennen.

Michel Benedetti von IAZI weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Branchenverband Gastrosuisse damit rechne, dass zwei von fünf Betrieben schon in den nächsten Monaten aufgeben müssten, was nach seiner Auffassung empfindliche Ausfallrisiken für die Investoren in diesem Segment darstelle. «Für Hotels ist die Situation ebenfalls sehr kritisch, falls die Wintersaison dieses Jahr ohne ausländische Touristen stattfindet», so Benedetti weiter.

Würden dann zum Beispiel im Frühling infolge Aufgabe neue Flächen aus der Hotellerie auf den Markt kommen, dann könnten diese noch am ehesten umgenutzt werden, ergänzt Marcel Hug, CEO von SVIT – zum Beispiel in Form von Appartements. Flächen von Bars und Restaurants hingegen könnten meist nicht so einfach umgenutzt werden, weil diese häufig im Parterregeschoss an Strassenlage liegen und/oder die Bau- und Zonenordnung eine alternative Nutzung verhindern würde.

So wollen Baumeister das Virus meistern

Als während des Lockdowns im Frühjahr alle dicht machten mussten, blieben sie offen: die Baustellen. In Form eines geringeren Auftragvolumens zeitige die Corona-Krise trotzdem Folgen für die hiesige Bauwirtschaft. Diese reagierte mit einem Fünf-Punkte-Plan zur Bewältigung der Coronakrise. Eine Zwischenbilanz.

Marcel Hegetschweiler

Obwohl die Baustellen in der Schweiz während des Lockdowns offen waren, blieb die Corona-Krise nicht ohne Folgen für die hiesige Bauwirtschaft: Gewisse Kantone, Städte und Gemeinden verringerten ihre Ausschreibungen und vergaben weniger Aufträge.

Der Schweizerische Baumeisterverband und die Branchenorganisation der im Infrastrukturbau tätigen Unternehmen Infra Suisse reagierten darauf im Frühling mit einem Fünf-Punkte-Plan. Dieser forderte Baustellen sicher und uneingeschränkt weiterzuführen. Behörden und öffentliche Bauherren wurden aufgefordert, mehr Aufträge zu erteilen, Planungen und Projektierungen zu forcieren sowie Bewilligungsverfahren zu beschleunigen.

Ein halbes Jahr später ziehen die Urheber des Fünf-Punkte-Plans eine durchzogene Bilanz – und halten die Forderungen ihres Plans für aktueller denn je.

> «Vereinzelt sind Behörden allen Empfehlungen zum Trotz auf der Bremse gestanden.»
>
> *MatthiasForster, Geschäftsführer Infra Suisse*

Bauen, jetzt

Zu Beginn des vergangenen Mai, als das Ende des Lockdowns mit den ersten Lockerungsschritten begann, veröffentlichten der Schweizerische Baumeisterverband und Infra Suisse, die Branchenorganisation der im Infrastrukturbau tätigen Unternehmen, ihren «Fünf-Punkte-Plan für den Weg aus der Corona-Krise». Behörden und öffentliche Bauherren aller föderalen Ebenen wurden darin aufgefordert, Bauprojekte in Angriff zu nehmen, Aufträge an Architekten, Ingenieure und Unternehmen zu erteilen, laufende Planungen und Projektierungen zu forcieren sowie Bewilligungsverfahren in Gemeinden und Kantonen zu beschleunigen.

Als fünften Punkt forderten die zwei Verbände, dass – unter Einhaltung der Schutzbestimmungen zur Eindämmung des Coronavirus – auf den Baustellen mit möglichst wenig Einschränkungen weitergearbeitet werden könne. Sinnvolle Lockerungsmassnahmen seien, alsbald dies die Pandemiesituation zulasse, umgehend umzusetzen.

Sinkendes Auftragsvolumen

Laut Gerhard Meyer, Geschäftsführer des Baumeisterverbands Zürich-Schaffhausen, haben die öffentlichen Bauherren im ersten Halbjahr 2020 schweizweit rund neun Prozent weniger Aufträge im Hoch- und Tiefbau erteilt, als noch in derselben Vorjahresperiode. «Bei uns im Kanton Zürich waren es sogar 36 Prozent weniger», sagt Meyer. Im Zeitraum zwischen April und Juni, als der dreistufige Ausstiegsfahrplan des Bundesrates aus dem Lockdown bereits lief, sei der Auftragseingang der öffentlichen Zürcher Hand in gewissen Bereichen gar um rund 50 Prozent gegenüber der Vorjahresperiode eingebrochen. «Ohne das Gespräch mit den Lieferanten zu suchen, vollzogen viele Kantone, Städte und Gemeinden mitten in der Corona-Pandemie einen Vollstopp bei der Vergabe von Aufträgen für Instandhaltung, Sanierung und Ausbau von Infrastrukturprojekten des Tiefbaus», sagt Meyer. Auch Ende 2020 würde die Zahl der Ausschreibungen vielerorts immer noch weit unter dem Vorjahresniveau liegen, insbesondere im Bereich Infrastruktur und Tiefbau der Stadt Zürich sei der Rückgang stark.

«Die Unsicherheit war allgemein gross, auch bei den Behörden und öffentlichen Bauherren», sagt Matthias Forster, Geschäftsführer von Infra Suisse im Rückblick auf den vergangenen Frühling. Der Fünf-Punkte-Plan sei eine einfache, aber in der Praxis sehr wirkungsvolle Handlungsempfehlung für Bund, Kantone und Gemeinden, um in einer solchen unsicheren Situation richtig und verantwortungsvoll zu handeln.

Durchzogene Bilanz

Auf die Frage, ob der Plan der Baumeister und Infrastrukturbauer – ein gutes halbes Jahr nach seiner Veröffentlichung – aufgegangen sei, antwortet Forster: «Die Zwischenbilanz fällt unterschiedlich aus: Vereinzelt sind Behörden allen Empfehlungen zum Trotz auf die Bremse gestanden, haben im Homeoffice keine Bewilligungen oder Aufträge mehr erteilt und damit Projekte verzögert.» Gewisse Baustellen hätten auch entgegen den Anweisungen des Bundesrates geschlossen – Namen will Forster keine nennen.

Andere Behörden wiederum hätten die Situation erkannt und beispielsweise die verkehrsarme Zeit während des Shutdowns für Sanierungen genutzt. «Diese zweite Gruppe ist zum Glück etwas grösser», so Forster. «Die Auftragslage im Infrastrukturbau ist insgesamt noch gut. Die Arbeiten laufen.» Doch dauere es in seiner Branche erfahrungsgemäss etwas länger, bis konjunkturelle Schwankungen bemerkbar würden.

Gerhard Meyer wiederum führt als Antwort auf die Frage nach den Ergebnissen des Fünf-Punkte-Plans rund in halbes Jahr nach seiner Lancierung die Stadt Zürich ins Feld. Diese habe ohne den Dialog mit den Lieferanten zu suchen mitten in der Corona-Krise Ausschreibungen stark verringert. So betrage beispielsweise das Auftragsvolumen des Tiefbauamtes der Stadt Zürich im Jahr 2020 etwas mehr als die Hälfte desjenigen von 2019.

Winterfester Fünf-Punkte-Plan

Die Grundsätze des Fünf-Punkte-Plans behalten sowohl für Meyer als auch für Forster in den kommenden Wintermonaten ihre Gültigkeit. «Es gilt jetzt auf allen föderalen Ebenen Projekte zu forcieren, Prozesse zu vereinfachen, Arbeiten auszuschreiben, Zuschläge zu erteilen und Baustellen – wo immer möglich – am Laufen zu halten» sagt Forster. Bisher habe die Baubranche die Pandemie gut gemeistert und bewiesen, dass sie die Herausforderungen bewältigen könne.

Gerhard Meyer sieht die Bauunternehmen durch die praxiserprobten Schutzkonzepte inzwischen «weitaus besser auf die Eindämmung der Pandemie vorbereitet als noch im Frühling.» Der Fünf-Punkte-Plan sei heute aktueller denn je, denn: «Der Weg aus der schwierigen wirtschaftlichen Situation führt in der Bauwirtschaft somit nicht über teure und verspätet wirkende Impuls- oder Rettungsprogramme, sondern über eine spürbare Beschleunigung und Intensivierung der ohnehin notwendigen Arbeiten für die Modernisierung des Gebäudeparks und die Instandhaltung unserer Infrastrukturen.» Darum würden im Kanton Zürich sowie auf regionaler und lokaler Ebene die Vertreter der Baumeisterverbände aktiv auf die Regierungsmitglieder, Behörden und Parlament zugehen, damit diese im Sinne des Fünf-Punkte-Plans Massnahmen zur Abfederung der Rezession und für den Erhalt von Arbeitsplätzen treffen würden.

Bauaufträge im Tiefbau haben im öffentlichen Sektor 2020 n

achgelassen – so zumindest sieht es die Baubranche.

Bild: Adobe Stock / TIMDAVIDCOLLECTION

Info

Zahl der Konkurse steigt

Das Firmenkonkurs-Monitoring der Konjunkturforschungsstelle (KOF) und von Bisnode D&B zeigt für Oktober einen starken Anstieg der Konkurse im Kanton Zürich und in der Nordwestschweiz. In beiden Regionen schoss die Anzahl der Konkurse über den Normalbereich hinaus – es gab also mehr Konkurse, als aufgrund der Zahlen früherer Jahre maximal zu erwarten gewesen wäre.

Davon betroffen ist nicht in erster Linie das Baugewerbe. Eine sektorale Analyse zeigt einen starken Anstieg der Konkurse in der Branche «Transport und Kommunikation». Betroffen sind vor allem Unternehmen im Bereich Verkehr und Logistik, wie zum Beispiel Taxiunternehmen. Auch bei den «Sonstigen Dienstleistungen» stiegen die Konkurse stark an, wobei insbesondere Coiffeur- und Kosmetikstudios sowie Gebäudereinigungs- und Instandhaltungsfirmen ihre Geschäfte aufgeben mussten. *(zw)*

Klemmen Städte bei den Vergaben?

Kantone, Städte und Gemeinden bremsten mitten in der Corona-Pandemie bei der Vergabe von Aufträgen für Instandhaltung, Sanierung und Ausbau von Infrastrukturprojekten. Auch Ende 2020 liege die Zahl der Ausschreibungen vielerorts weit unter dem Vorjahresniveau, sagt das Baugewerbe. Die Städte und Gemeinden dementieren.

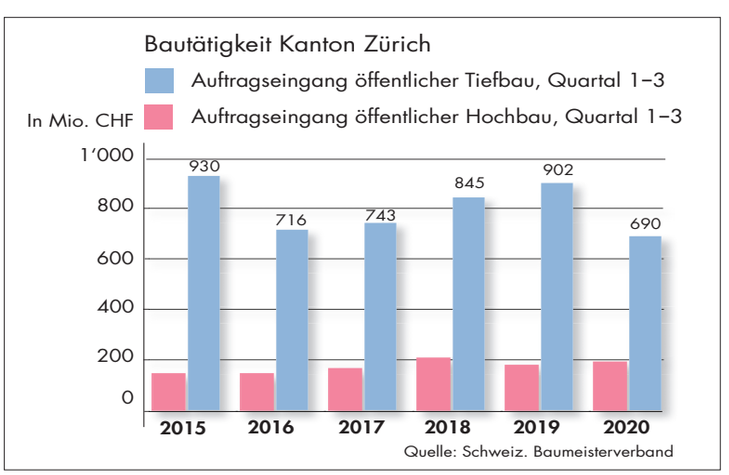
Mark Gasser

Beat Aeppli, Präsident des Baumeisterverbands Winterthur und Geschäftsführer/Inhaber der WISTRAG Strassen- und Tiefbau AG, ist zutiefst besorgt über die gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Massnahmen. «Durch die angeordneten Massnahmen nehmen wir massivste Einschränkungen und künftige Kollateralschäden in nie dagewesenem Ausmass in Kauf», sagt Aeppli. Zum einen habe das soziale Zusammenleben tiefe Risse bekommen durch Angst, Unzufriedenheit und die grosse Verunsicherung. Auch im eigenen Unternehmen: So seien etwa seine ausländischen Mitarbeiter im Sommer nicht in ihr Heimatland gereist – freiwillig, da eine drohende Quarantäne meist auch eine Lohneinbusse bedeutet hätte.

Und zum anderen klagt das Bauhauptgewerbe über fehlende Submissionen und den schwindenden Arbeitsvorrat – zur denkbar ungünstigsten Zeit. In der Region Winterthur sind ab Juni die Ausschreibungen laut Aeppli fast gänzlich ausgeblieben. Bei «praktisch allen Bauunternehmen» sei dies der Tenor. Fehlende Investitionen in die Infrastruktur würden den Steuerzahler aber künftig noch mehr kosten. «Infrastrukturen haben eine Lebensdauer, wenn man diese künstlich verlängert, werden sich die Investitionen exponentiell erhöhen», sagt Aeppli. So ist die Gesamtlebensdauer einer Strasse kürzer, wenn deren Belag nicht alle 15 bis 20 Jahre saniert wird. «Wenn der Staat als faktischer Monopolist für Infrastrukturen keine Aufträge mehr vergeben will, wird es zwangsläufig zu Entlassungen und Schliessungen kommen.» Immerhin sei im Baunebengewerbe (Maler, Gipser, Sanitär) die Auftragslage gut.

Winterthur ohne Budget

Ein Gesamtbild bezüglich Aufträge der öffentlichen Hand ergibt sich aber erst, wenn man den Kanton, die Städte und Gemeinden befragt. Dies hat Aeppli selber in Winterthur getan, nachdem er die Zahlen studierte: 2017 habe die Stadt gemäss dem Vergaberegister 36 Mio. Franken an Aufträgen ans Bauhauptgewerbe vergeben, dies entspricht 27% des gesamten Vergabevolumens, 2018 noch 20, 2019 gerade noch 17 Mio. Und Corona werde 2020 diese Entwicklung, bei der es «irgendwo klemmt», nochmals verschärfen. Pikant: Die Stadt Winterthur muss mit einem Not-Bud-



Die kantonale Gesamtstatistik zeigt die Auftragsrückgänge in den Gemeinden. Grafik: KGV

get ins neue Jahr starten, da es der Grosse Gemeinderat wegen fehlendem Sparwillen zurückgewiesen hatte. Dies und die Coronakrise habe die städtischen Mitarbeitenden auf allen Stufen stark gefordert. «Wir müssen deshalb bei der Arbeitserledigung verstärkt Prioritäten setzen», antwortete Stadtingenieur Peter Gasser, Leiter des Tiefbauamts, auf Aepplis Anfrage. Eine konkrete Antwort bezüglich 2020 und den Aussichten für 2021 stehe daher noch aus.

«Die Projekte von heute sind die Vergaben vom Januar.»
Gerhard Meyer, Baumeisterverband Zürich/Schaffhausen

Das lässt nichts Gutes vermuten fürs Jahr 2021, auch wenn das Tiefbauamt explizit auf Baustellenschliessungen während der Corona-Zeit verzichtete. Die Stadt sei sich aber ihrer Verantwortung als wichtige Auftraggeberin für die Bauwirtschaft bewusst, schreibt das Winterthurer Tiefbauamt in seiner Antwort auf eine aktuelle Umfrage des kantonalen Gemeindepräsidentenverbands zu den Gründen der «aufgeschobenen Investitionen». Die summarische Umfrage veranlasste dessen Präsident Jörg Kündig auf eine Anfrage des KGV: Demnach gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass eine Mehrzahl an Gemeinden nur wegen Corona die Investitionen zurückgefahren hätte. Grundsätzlich gehe es darum, ein Zeichen zu setzen, fasst Kündig den Tenor zusammen. «Das Signal, Investitionen aufzuschieben, wäre pessimistisch und kontraproduktiv.» Neben den entgangenen Steuereinnahmen durch kriselnde Bauunternehmungen und möglichem Stellenabbau hätten Gemeinden schliesslich ein Interesse daran, ihre Infrastruktur zu unterhalten.

Persönlich favorisiert Kündig gar eine offensive, antizyklische Investitionspolitik in der Coronakrise – mit den Rücklagen aus guten Jahren. Dazu brauche es gerade in schwierigen Zeiten Mut und Zuversicht. «Beides wäre ausgeprägter wünschenswert», meint Kündig selbstkritisch. Er spürt Zurückhaltung beim Deficit Spending. Aktuell sei insbesondere die Einnahmenseite der Gemeinden und Städte mit sehr viel Unsicherheiten verbunden. Und die Budgetdiskussionen könne man nicht vorwegnehmen.

Positiv klingt es dagegen bei der kantonalen Baudirektion. Die meisten Aufträge der diesjährigen Strassenbaustellen seien bereits 2019 erteilt worden – also noch vor Corona. Das Tiefbauamt werde sein budgetiertes Volumen 2020 voraussichtlich voll ausschöpfen können. Und im privaten Bereich haben sich laut Gerhard Meyer, Geschäftsführer des Baumeisterverbands Zürich/Schaffhausen die Ängste von Bauherren im Zusammenhang mit möglichen Corona-Infektionen gelegt. Vielleicht auch deshalb, weil die anfängliche Kritik an der Hygiene auf Baustellen, sekundiert von Kontrollen durch Suva und Kantonspolizei, verstummt sei.

Jekami in Zürich

Und doch ist Meyer besorgt – vor allem wegen der beiden Städte. «Massiv abgenommen haben die Investitionen der Stadt Zürich im Tiefbau: Gerade im Strassenbau und bei den Werkleitungen.» Er schätzt, dass halb so viele Ausschreibungen wie im Vorjahr und statt 70 bis 100 Millionen Franken für die wichtigsten Grossunternehmer, die sich an öffentlichen Ausschreibungen fürs gesamte Jahr beteiligten, bislang erst Projekte im Umfang von 40 Mio. realisiert wurden oder bis Ende Jahr realisiert werden. Ganz anders beurteilt die Stadt Zürich selber die Situation: Das Tiefbauamt erklärt zwar auf Anfrage, dass sich die Ausgaben für Unterhalt und Investitionen seit 2017 auf dem gleichen Niveau bewegen. 2020 seien die Ausgaben nicht tiefer als 2019. Aber Ausgaben sind nicht Submissionen – ein Vergleich, der daher hinkt. Die Anzahl an submittierten Bauleistungen sei 2020 tatsächlich kleiner als in Jahren davor.

Ein Grund dafür sei, dass das Tiefbauamt massgeblich Drittprojekte mitfinanziert habe unter anderer Bauherrschaft: Da seien die Absender etwa das ASTRA oder die SBB, schreibt das Stadtzürcher Tiefbauamt. Dennoch flössen Investitionsbeiträge des Tiefbauamts der Stadt in Form von Aufträgen an die Bauunternehmen. In einem Antwortschreiben auf eine Anfrage des städtischen Gewerbeverbands (GVZ) verweist Stadtrat Richard Wolff überdies auf den Umstand, dass die kommunalen Strassen «wenig Handlungsbedarf» aufwiesen. Dafür benötigten Bauprojekte auf den überkommunalen Hauptachsen «viel mehr Projektierungsaufwand», weil man koordiniert baue, um Immissionen zu minimieren. Das mag vorbildlich klingen. Doch Stadtrat Wolff sei ein schwieriger Kooperationspartner, resümiert Meyer – vielleicht auch der vielen Parteien wegen, die er einbeziehen will. So seien aufwändige Vorstudien, erarbeitet im Dialog mit Anwohnern und gefolgt von vielen Einsprachen, eher die Regel als die Ausnahme. Daher überrascht kaum, dass – gemäss der Stadt – der Anteil der Ausgaben für Planung und Projektierung im Verhältnis zu den Aufträgen an die Bauunternehmen zugenommen haben.

«Mut und Zuversicht – beides wäre ausgeprägter wünschenswert.»
Jörg Kündig, Präsident Gemeindepräsidentenverband Kanton Zürich

Als weiteren Grund, warum Ausschreibungen sich verzögern könnten, befürchtet der Baumeisterverband, dass im Home-Office weniger Projekte bis zur Vergabe bearbeitet werden könnten. «Die Projekte von heute sind die Vergaben vom Januar», sagt Gerhard Meyer. Der Winterthurer Baumeisterpräsident Beat Aeppli ergänzt, dass in der Tendenz immer mehr Aufträge von überregionalen und zum Teil ausländischen Unternehmungen ausgeführt würden. Damit schadeten die Städte sich selber. «Wenn die Submissionen nicht auf den Markt kommen, wird das lokale Gewerbe verschwinden. Das überregionale Gewerbe trägt im Vergleich zum lokalen Gewerbe nie in gleichem Masse zur Wertschöpfung vor Ort bei.»

«Das ‹Gstürm› ist unverhältnismässig»

Sowohl der höchste Hausarzt im Kanton, Josef Widler, als auch der höchste Apotheker Lorenz Schmid sind CVP-Kantonsräte. Doch ihre Meinungen zur Bewältigung der Corona-Krise und zur Teststrategie des Bundes sind nicht deckungsgleich. Wo könnte man sie besser zum Thema befragen als bei der jährlichen Impfaktion im Kantonsrat?

Mark Gasser

Impftag im Kantonsrat: Apothekerpräsident Lorenz Schmid (r.) erkrankte selber am Coronavirus. Er findet die Verbreitung der Schnelltests richtig. Josef Widler, Präsident der kantonalen Ärztegesellschaft, bezeichnet Teststrategie und Corona-Massnahmen als «unverantwortbar», *Bilder: M. G.*

Josef Widler, Sie organisieren mit Lorenz Schmid jährlich eine Grippeimpfaktion im Kantonsrat. Sind Sie als Hausarzt dennoch skeptisch gegenüber der schnellen Entwicklung eines Covid-19-Impfstoffs, bei dessen Zulassung durch Swissmedic übliche Verfahren via «rollende Submission» massiv beschleunigt werden?

Widler: Ja, sehr. Ich lasse mich sicher nicht impfen – zumindest nicht im ersten Jahr nach Entwicklung eines Covid-19-Impfstoffs. Das Hauptproblem bei der Diskussion um die Impferei ist, dass man die Corona-Konzepte auf die Entwicklung eines solchen ausrichtet. Vielmehr müsste man davon ausgehen, dass der Impfstoff nicht kommt. Ich erinnere an die Schweinegrippe von 2009, als wir Ärzte alle Tamiflu kaufen mussten – und es war für die Katz. Der Bund musste danach den Grossteil der Dosen als Sondermüll entsorgen. Die wirtschaftlichen Interessen hinter der Entwicklung eines Impfstoffs sind überdies riesig.

Schmid: Ich bin da weniger kritisch als du, denn auch bei einem Covid-Impfstoff werden westliche Zulassungsbehörden nicht schlampen können. Überdies ist das Business mit Impfstoffen nie ein wirklich grosses gewesen, was vielleicht zählt, ist Reputation. Diese kann man jedoch auch verlieren, wenn etwas schiefläuft.

Herr Widler, warum sind Sie auch kritisch gegenüber den seit November zugelassenen Schnelltests?

Widler: Ich bin kritisch gegenüber der Teststrategie als solcher. So werden wir das Virus nicht in den Griff bekommen und unser Gesundheitssystem überlasten mit Testen statt mit der Behandlung von Kranken. Man muss wissen: Je mehr man testet, desto mehr positive Fälle resultieren. Darunter gibt es auch falsch Positive im einstelligen Prozentbereich: Die Konsequenzen, gerade bei den strengen Quarantäneauflagen, sind nicht verantwortbar. Relevant ist die absolute Zahl. Die Kranken hingegen zu testen, ist richtig. Aber dafür sollte man den bisherigen PCR-Test verwenden.

Die Datenlage zur Zuverlässigkeit («Sensitivität») der Antigen-Schnelltests ist noch dünn. Demgegenüber sind die bisherigen PCR-Tests offenbar zu sensitiv…

Schmid: Das ist ein wichtiger Punkt. Die Testresultate bei PCR-Tests sind teilweise positiv, obwohl man von der Virenlast her die Person nicht als positiv bezeichnen müsste und diese daher nicht in die Quarantäne schicken würde. Die Roche- oder Abbott-Schnelltests, die heute zur Anwendung kommen, sind jedoch nicht so sensibel wie die PCR, Josef Widlers Befürchtung von «vielen falsch positiven Tests» ist deshalb nicht berechtigt. Die Tests sind aber genügend sensibel, um bei 9 von 10 symptomatischen Virusträgern auch richtig zu funktionieren. Das ist schon mal was!

Trotz steigender Hospitalisationszahlen war der mögliche Ausbau der Intensivbetten kaum Thema...

Widler: Das Problem war, dass sich die Menschen italienische Verhältnisse vorstellten. Dabei waren in Zürich während des Lockdowns die Spitäler fast leer. Und heute belegen rund ein Drittel der Intensivbetten Covid-Patienten, ein Drittel andere und ein Drittel ist leer – ohne zusätzliche Betten zu

Sie haben echt Potenzial

ekz.ch/potenzial

EKZ

«Bürokratie statt Volksgesundheit»: Hausarzt Josef Widler.

mobilisieren. Was mich auch stört, ist, dass man nicht vorrechnet, wie viele 100'000 Positive es in der ersten Welle gab, die man nicht erfasst hat. Diese Dunkelziffer zeigt für mich: Contact Tracing bringt nichts.

Schmid: Das Tracing funktioniert in der Tat nicht. Aber beim Schnelltest sind wir nicht gleicher Meinung. Wir haben pro Tag 2 bis 3 Positive im Schnelltest. Meistens sind dies Jugendliche, Personen in der Familie, die mit Symptomen kommen. Wir setzen somit jeden Tag symptomatische Virenträger in die Isolation. Wenn jedoch asymptomatische sich dem Schnelltest unterziehen, sind diese eigentlich immer negativ, weshalb wir nur symptomatische Personen schnelltesten und keinen Testwahn entwickeln sollten.

Üben die verunsicherten Patienten jetzt Druck auf ihre Hausärzte aus, um sie möglichst schnell einzuweisen, solange noch Betten frei sind?

Widler: Das erlauben wir nicht. Wir wenden viel Zeit auf, den Leuten beizubringen, dass sie nicht ins Spital müssen. In der Praxis beobachte ich dafür im positiven Sinne, dass sich Menschen viel früher testen lassen und zum Arzt gehen, noch bevor die Contact Tracer aktiv geworden sind. Dass die Bürger allein entscheiden, ob sie angesteckt werden oder nicht – diese Botschaft muss man rüberbringen, statt immer neue Einschränkungen zu erfinden. Ich bleibe dabei: Unsystematisch und erst noch gratis zu testen, bringt nichts.

Lorenz Schmid, Sie hatten Schnelltests auf Vorrat bestellt und als einer der ersten Apotheker gleich Anfang November angeboten. Wie bewältigen Sie den Ansturm?

Schmid: Das Problem ist: Der Bundesrat hat keinen Selbstbehalt eingeführt, so dass sich jeder ohne grosse Selbstverantwortung gratis testen lassen kann. Die Kosten von 57.50 Franken werden über die Krankenkasse abgewickelt und dem Bund verrechnet. So kommen z.B. Jugendliche rein, wedeln mit der Krankenkassenkarte, bevor sie am Abend auf eine Party gehen. Das ist falsch verstandenes Sicherheitsdenken.

Viele fürchten sich vor der Rückkehr zur Arbeit. Einige sagen, mit der Angst werde die Bevölkerung gesteuert…

Widler: Da stimme ich zu: Mit Angst wurde anfangs das Volk geführt, und jetzt werden wir sie nicht mehr los. Angst beeinträchtigt auch das logische Denken. Und dass viele heute nicht mehr an die Schutzmassnahmen glauben, verstärkt die Unsicherheit. Als in den Läden etwa ein wirksames Schutzkonzept ohne Ansteckungen etabliert war, hat die Politik noch die Maskenpflicht drübergestülpt.

Schmid: Das sehe ich anders. Wenn der Bund mit der Maskenpflicht eine Massnahme «on the top» verordnet und eine andere de facto als obsolet erklärt, muss man eben die Plexiglasscheiben entfernen. Ich trage ja auch keinen Gürtel und gleichzeitig Hosenträger. Da muss sich das Gewerbe selber an der Nase nehmen. Immerhin hat die Maskenpflicht dazu geführt, dass im öffentlichen Verkehr wieder mehr Leute unterwegs sind. So konnte ihnen die Angst genommen werden.

Aber so positiv klingt es nicht in Gewerbekreisen: Im letzten Monat ist die Zahl der Konkurse gestiegen. Dieser Trend würde sich bei einer dritten Welle bei solchen Massnahmen verstärken…

Widler: Genau. Deshalb sagen wir ja, dass die ganze Beurteilung in ärztliche Hand gehört und nicht nach dem Motto «testen, testen, testen» vorgegangen werden soll. Die Epidemiologen liegen da falsch – wie überdies bei vielen Prognosen. Gestern habe ich einen Mann getestet, weil seinetwegen – basierend auf einem sehr unwahrscheinlichen Kontakt – neun Leute in die Quarantäne mussten. Da testet man dann eben, um den Schaden zu begrenzen. Und solange asymptomatisch positiv Getestete nicht im Alltag verkehren dürfen, wird das noch lange so weitergehen.

Schmid: Solche asymptomatisch Positive sind aber meistens nur mit PCR-Test positiv Getestete. Beim Schnelltest wäre die Sensitivität wie gesagt tiefer. Die Frage ist dann, ob jene, die bei weniger sensitivem Test falsch negativ getestet werden, infektiös sind. Wo ich aber einig bin mit dir, ist die Skepsis über Testzentren. Da rattern die Resultate durch, ohne dass vorher Gespräche geführt werden.

Wird im betrieblichen Umfeld der Schnelltest positiv wahrgenommen?

Schmid: Viele Nachfragen kommen von Banken, die im Homeoffice sind. Und vor physischen Treffen wollen deren Mitarbeiter jeweils einen Test machen. Homeoffice ist ja nicht risikofrei! Das Risiko besteht aber, sich durch einen Schnelltest in falscher Sicherheit zu wähnen.

Widler: Ich würde KMU anraten: Schickt keinen zum Schnelltest! Danach muss unter Umständen die ganze Firma in die Quarantäne.

Rund ein Drittel der Ansteckungen ist aufs Familienumfeld zurückzuführen. Von der Covid-Task-Force kam die Anregung, eine Art «Vorquarantäne» vor der Weihnachtszeit einzulegen…

Widler: Man kann privat ganz viel tun, um das Risiko einer Ansteckung zu vermeiden. Man sollte beispielsweise eine «Covid-Familie» bilden. Diese entscheidet, wen man in den Kreis einlässt. Wenn jemand zu einer Risikogruppe gehört, haben die anderen eine höhere Verantwortung dieser Person gegenüber, man geht dann eher auf Distanz. Aber den Jungen das Leben zu verbieten, geht einfach nicht. Die Alten dürfen wir anderseits nicht gegen ihren Willen isolieren, wie das teilweise in Altersheimen geschieht.

Schmid: Aber dass die Zahlen nun so stark angestiegen sind, hat schon etwas überrascht. Im Sommer hatten wir Spassgesellschaft, sassen noch im Oktober in den Restaurants. Und plötzlich «zack»…

Widler: Plötzlich? Man hat das Tracing hochgefahren, da auch mehr getestet wurde. Ich will es ja nicht verharmlosen – aber das Gstürm ist unverhältnismässig…

Es war in den letzten Wochen viel über das unterbezahlte Pflegepersonal zu lesen, wobei viele Ausfälle wegen Quarantäne die Situation auf den Intensivstationen verschärfen. Ist unser Gesundheitssystem kaputtgespart worden?

Widler: Sparen ist hier nicht das Thema. Das Problem beim Pflegepersonal ist, dass eine stark belastete Minderheit einer absolut unterforderten Mehrheit gegenübersteht. Daher ist es taktisch ein ganz schlechter Moment, solche Forderungen zu stellen.

Schmid: Wenige sind sehr stark betroffen durch die extreme Belastung. Die Apotheker und Grundversorger haben ja momentan auch eine extrem strenge Zeit, die Spezialisten hingegen weniger.

Stört es Sie, dass in der Task Force des Bundes, aber auch im Covid-19-Sonderstab des Kantons Zürich keine Grundversorger vertreten sind?

Schmid: Gemeinsam haben Spitex, Ärztegesellschaft und Apothekerverband Regierungsrätin Silvia Steiner gebeten, die Grundversorger, «the battle on the street» einzubeziehen. Bislang vergeblich.

Widler: Mit Ausnahme der Kantonsärztin besteht der 14-köpfige Covid-19-Sonderstab nur aus Nicht-Ärzten – Verwaltungsbereiche und der Gemeindepräsidentenverband sind etwa dabei. Daher steht der epidemiologische Aspekt zuvorderst, nicht aber der Versorgungsaspekt. Statt zu berücksichtigen, dass wir ein lernen-

«battle on the street» einbeziehen: Apotheker Lorenz Schmid.

des System haben, wird reine Mathematik angewandt. Covid ist eine Krankheit wie jede andere auch, nur etwas ansteckender. Wir wissen heute etwa, dass nicht alle infizierten alten Leute auch erkranken. Eine pragmatische Lösung wäre, wenn nur die Infizierten mit Symptomen sieben Tage zu Hause bleiben müssten, falls sie nicht schwer erkrankt sind. Dann müssten Gesunde nicht in Quarantäne. Wenn man jetzt Schnupfen zum Symptom erklärt, dann fehlt plötzlich die Hälfte des Pflegepersonals!

«Ich würde KMU anraten: Schickt keinen zum Schnelltest!»

Josef Widler, Präsident der Ärztegesellschaft Kanton Zürich

Die Regierungen werden also von zu vielen Theoretikern und zu wenig Praktikern beraten?

Schmid: Theoretiker insofern, als sie nur für Staatshandlungen Verantwortung tragen, und nicht im Sinne der Volksgesundheit. Eine Staatshandlung wird immer an der Sicherheit in Bezug auf die jeweilige Fragestellung bemessen. So wird aktuell Gesundheit in all ihren Facetten – auch Isolation, Depression, Einsamkeit, Angst – ausgeblendet. Dafür haben wir nun im Fünf-Minuten-Takt Anrufe von verunsicherten Leuten, die mehr wissen wollen.

Widler: Aktuell schreiben wir sehr viele Zeugnisse für Krankenkassen und Arbeitgeber wegen Quarantäne. Wer krank ist, erhält dann Taggeld. Das Misstrauensprinzip spielt hier eine zu gewichtige Rolle, und wir normalen Leistungserbringer, die sich um die Volksgesundheit kümmern müssten, sind mit Bürokratie beschäftigt.

Mit der Floskel «Bleiben Sie gesund» verbindet man eigentlich den Wunsch: Infizieren Sie sich nicht mit dem Virus. Aber 97% der Corona-Toten hatten ja mindestens eine Vorerkrankung.

Widler: Corona zeigte uns Menschen wieder auf, dass wir sterblich sind. Dabei haben viele Todesängste seit Corona und meinen, man könne nur daran sterben. Und wer da nicht mitmacht und anderen die Angst nehmen will, wird als Verharmloser hingestellt. Die Bürger müssen realisieren, dass sie selber zu über 90 Prozent entscheiden, ob sie auf der Intensivstation landen oder nicht.

Sogar «Mister Corona» Daniel Koch schrieb kürzlich, dass weltweit wohl mehr Menschen an den Folgen der Corona-Massnahmen sterben würden als an Corona selbst. Haben Behörden das Virus überschätzt und die Bremsen nicht mehr gefunden?

Widler: Ich glaube nicht, dass man das Virus unter- oder überschätzt. Man hat vielmehr die Relation zum Rest verloren. Dabei überschätzt man die Massnahmen teilweise und meint, mit diesen sei alles in den Griff zu bekommen. Man muss Aufwand und Ertrag gegenüberstellen und fragen: Wie vielen Leuten schadet man durch eine Massnahme und was ist der Preis, um ein Intensivbett freizuhalten? Aber auf diese Frage lässt man sich nicht ein. Bis dann die Impfung kommt – so die Hoffnung. Ich sage: Die Krankheit muss unabhängig davon betrachtet werden. Wir können diesen Zustand nicht zwei Jahre lang perpetuieren.

Schmid: Wir sind in der Schweiz – im europäischen Vergleich – relativ locker unterwegs. Und der Kanton Zürich hat mit seinen Massnahmen handhabbare Regeln geschaffen. Aber wenn rundherum Lockdowns verordnet werden, erlebt auch unsere Wirtschaft einen Lockdown. Schweden kam ja ökonomisch auch nicht besser durch die Krise.

Aber am Anfang dieses Dominoeffekts steht vor allem eine Organisation: die WHO. Hat diese teilweise einen zu grossen, unwidersprochenen Einfluss auf Gesundheitsministerien?

Schmid: Ich glaube, die WHO und ihre Kommissionen dürfen ja gemäss ihrem Zweck durchaus etwas bei den einzelnen Staaten auslösen, wie das ja auch eine Task Force auf Stufe Bund im Kanton Zürich tut. Nur: Sie braucht ein Gegengewicht. Das fehlt.

Nervt Sie eigentlich die pseudowissenschaftliche Debatte in der Bevölkerung?

Schmid: Auf die Frage nach dem richtigen Vorgehen gibt es keine wissenschaftliche Antwort – am Ende ist es eine politische. Die WHO macht eine wissenschaftliche Einschätzung. Aber am Ende muss man die Entscheidung der Politik überlassen, und die Gesellschaft muss darauf antworten.

Widler: Mich stört, wie die ganze wissenschaftliche wie auch pseudowissenschaftliche Diskussion medial ausgetragen wird. Die Tageszeitungen heizen das Angstklima an – etwa mit Studien, welche die Gefährlichkeit des Virus belegen sollen. Heute kann man fast nicht mehr ohne Polemik diskutieren. Der Zürcher Regierungsrat hat den medialen Forderungen immerhin gut widerstehen können. Ich hätte mir aber gewünscht, dass die Regierung kommuniziert, dass man die Spitäler im Griff hat. Und dass das Ganze zwei Jahre dauern könnte, das hätte man auch früher kommunizieren sollen.

«Ich trage ja auch keinen Gürtel und gleichzeitig Hosenträger.»

Lorenz Schmid, Präsident Apothekerverband Kanton Zürich

Ihre Partei heisst neu «Die Mitte». Sehen Sie sich bei Diskussionen über die Corona-Massnahmen als «beschwichtigende Stimmen» irgendwo in der Mitte?

Widler: Coronapolitik ist nicht Parteipolitik! Die Positionen haben immer mit der persönlichen Betroffenheit zu tun. Und diese Positionen gelten zu lassen, hat mit Toleranz zu tun. So sollen alle, die das möchten, eben Masken anziehen. Andere sollten darauf verzichten dürfen. Man sollte deshalb niemanden als unverantwortlich oder etwa als Angsthasen etikettieren.

Schmid: Es ist positiv, dass die Corona-Diskussion in der Schweiz keine parteipolitische Färbung hat und das Maskentragen wie in den USA ein politisches Statement ist. Ich stelle aber ganz andere Bruchlinien fest: Vor allem zwischen Stadt–Land und Westschweiz–Deutschschweiz. Aber auch ländliche Kantone wie Schwyz ergreifen nun ähnlich rigorose Massnahmen. ■

Nutzen Sie es

Mehr über weniger Energiekosten für Ihr Unternehmen unter **ekz.ch/potenzial.**

EKZ

«Der Markt regelt die Comedyshows»

Die Humorfraktion der Live-Kultur, die Comedians, wäre derzeit eigentlich auf Tournee: Es ist die Zeit der Generalversammlungen und Weihnachtsfeiern. Anders im Krisenjahr 2020. Langweilen wir uns gerade zu Tode? Mitnichten, sagt Kabarettist Peter Pfändler. Er nutzte die Zeit, um sein Programm für kleinere Budgets anzupassen.

Mark Gasser

Peter Pfändler, war es in Ihrer 25-jährigen Bühnenkarriere nicht das humorloseste Jahr überhaupt?
Pfändler: So humorlos war dieses Jahr bis jetzt gar nicht. «Hinter den Kulissen» habe ich sehr oft gelacht. Auf WhatsApp und anderen Kanälen kursieren ja viele witzige Gedanken. Diese sind aber oft nicht geeignet für die Bühne oder die Öffentlichkeit. Insider-Amusements unter Kollegen sind aber bitter nötig. Denn trotz allem hängt die Angst vielen KünstlerInnen im Nacken und lässt sie nachts nicht mehr schlafen. Finanzielle Einbussen von aktuell bis 95% hinnehmen zu müssen, zehrt an den Nerven. Viele Veranstaltungstechnik-Firmen, Eventmanagements und Künstler stehen vor dem Ruin.

Für den Staat ist das Kulturleben entbehrlich, obwohl sich gemäss der Zürcher Open-Data-Statistik erst ein einziger Ansteckungsfall dem Bereich Kino/Theater/Konzert zuordnen lässt. Wie wichtig ist aber Lachen für die Gesundheit? Etwas überspitzt: Ist es für den Menschen systemrelevant?
Wir wissen, dass Lachen Endorphine, Glückshormone, produziert und gleichzeitig das Stresshormon Adrenalin abbaut. Es gibt Studien, die beweisen, welche harmonisierende Wirkung das Lachen hat. Es gibt auch Langzeituntersuchungen, die den Schluss zulassen: «Wer viel lacht, lebt länger.» Fröhliche Menschen sind leistungsfähiger, weniger anfällig für Krankheiten, motivierter im Alltag. Selbstverständlich ist Fröhlichkeit systemrelevant!

Und was bedeutet eine Showabsage für die Wirtschaft?
Dann geht ein Rattenschwanz los: Mein Management hat kein Einkommen, kann die Backoffice-Mitarbeiterinnen nicht bezahlen. Weiter bleiben die zwei Techniker ohne Engagement und somit Verdienst, Ticketing, Catering und Gastronomie ohne Umsätze, der Veranstalter vor Ort ohne Mieteinnahmen für die Halle, die Firma für Veranstaltungstechnik muss keine Licht- und Tonanlagen installieren, auch die Kleiderreinigungsfirma geht leer aus, Plakate, Flyer, Autogrammkarten oder andere Werbemittel müssen nicht aufgeklebt oder verteilt werden, das wiederum unterbindet Aufträge in der Druckerei. Auch die Zeitungen haben keinen Zusatzverdienst durch Werbemassnahmen, ich persönlich brauche weder Miettransporter, Schminke noch eine Garderobe. Und ich bin nur einer von Tausenden…

Wie beschäftigen Sie sich persönlich jetzt? Live-Veranstaltungen – die nun auf maximal 50 Personen reduziert wurden – sind ja Ihre Geschäftsgrundlage!
Ich habe meine Kraft und mein Schaffen investiert, um zwei neue Shows zu schreiben. Mit technischen Gadgets und viel Showeffekten gespickt, geht es bei meinem Hauptprogramm dabei grob um «Mensch und Technik». Der Tourneestart ist auf Herbst 2021 geplant. Bis dorthin spiele ich das Zweite, ein Spezialprogramm «The best of». Dieses ist so konzipiert, dass ich auch vor nur 50 Personen auftreten kann, sobald es eine Lockerung gibt. Es ist technisch einfacher gehalten, ich kann jederzeit coronakonform funktionieren. Das kann für viele Veranstalter, etwa kleine Theater, interessant sein. Ich bin mit meiner Strategie bereit, um bei einer «Normalisierung» sofort agieren zu können.
Ebenso habe ich meine Angebote für Kommunikationskurse und «Profiling» hochgefahren. Kurse über analytische Gesichtsphysiognomie, einfach gesagt «Gesichterlesen», kann ich zum Glück online machen. So eröffnet jede Situation neue Möglichkeiten. Natürlich habe ich auch Unterstützungsbeiträge erhalten. Aber das wäre vielleicht eines meiner besten Jahre geworden – diese Ausfälle tun wirklich weh.

Bringt der aktuelle «Lockdown light» einen kulturellen Kahlschlag mit sich? Peter Pfändler tut, was er am besten kann: Er nimmt es mit Humor, bleibt optimistisch – und schöpft Neues. *Bild: PD*

Für jeden Pokerspieler wäre Ihre Gesichtsanalyse sicher wertvoll. Erkennen Sie beim Bundesrat an dessen Pressekonferenzen auch, wer jeweils hinter den Entscheiden steht und wer nicht?
Man sieht nicht allein am Gesicht, ob jemand lügt oder nicht. Man erkennt beim Gesichterlesen aber Charakterzüge. Sprich: Wie denkt, fühlt oder handelt jemand? Etwa: Wie geht er in Geld-, Berufs- und Gefühlsangelegenheiten an ein Thema? Man sieht auch Parameter, die zeigen: Die Person ist sehr auf sich oder dann aufs Wohl anderer bezogen. Wie sie aber handelt und was er künftig daraus macht, das kann und will ich nicht sagen. Gerade das Profiling – die Konstruktion eines Menschentypus aus wenigen Merkmalen – zeigt oft überraschende Ergebnisse im Vergleich zur Realität. Auch Kleider sprechen eine nonverbale Sprache. Sie können etwas über den Mensch aussagen, sie sind nach wie vor Statussymbole und eine Uniform. Doch die Parameter erkennt man in den Details: Wenn jemand beispielsweise einen teuren Anzug trägt, aber falsche Socken und abgetragene Schuhe dazu, dann stimmt etwas nicht.

Im Märchen «des Kaisers neue Kleider» wird dem Kaiser von zwei Gaunern vorgegaukelt, dass nur ein exklusiver Zirkel seine Kleider überhaupt sehen kann. Dabei hat er gar keine an. Man könnte die Metapher auf die Corona-Politik beziehen: Reden sich einige Exekutivpolitiker nicht ein, dass alle Massnahmen gegen die Ausbreitung von Corona nützen, obwohl deren Nutzen gar nicht erwiesen ist?
Ich finde es gefährlich, so einen Vergleich zu ziehen. Ich verstehe, dass all jene, die nicht arbeiten können, gewisse Massnahmen infrage stellen. Ich würde aber keine Massnahme als überflüssig oder dumm bezeichnen. Im Gegenteil, mir sträuben sich die Haare bei den Aussagen gewisser Corona-Kritiker. Es geht am Ende darum, dass eine Gesellschaft eine gewisse Disziplin für ausserordentliche Anordnungen mitträgt. Sonst haben wir Anarchie.

Sollen Comedians sich zu solch ernsten Themen öffentlich äussern?
Seit der Antike gibt es Menschen, die das Zeitgeschehen humoristisch spiegeln. Diese Hofnarren nennt man heute Komiker. Und alle, die in diesem Metier arbeiten, machen sich grundsätzlich über Missstände lustig, arbeiten über die Schadenfreude. Es sind immer subjektive Reflexionen einer momentanen Perspektive. Und Humor ist Perspektivenwechsel. Ab und zu muss man den Leuten den Spiegel vorhalten, darf auch skurrile Situationen und seltsame Folgen der Corona-Massnahmen – etwa das Maskentragen bis zum Restauranttisch – parodieren. Der Zuschauer allein aber soll entscheiden, ob er diese Ansichten goutiert, und so regelt der Markt die Comedyshows.

Ihr Urteil als Fachdozent für Krisenkommunikation: Lief da vieles falsch bei der öffentlichen Meinungsbildung via Politik und Medien?
Nicht alles, aber einiges… In einer Krise gilt der Grundsatz der gebündelten und personifizierten Kommunikation. Im Frühling sahen wir immer die gleichen Gesichter. Dies vermittelte Sicherheit. Mit der Pensionierung des ehemaligen «Mister Corona» Daniel Koch vom BAG allerdings hat es geändert. Plötzlich kommunizierten zu viele «Experten» zu gleichen Themen. Wenn wir beruhigend eine Krise kommunizieren wollen, muss koordinierte Kontinuität gewährleistet sein. Diese Grundsätze wurden bisweilen zu wenig berücksichtigt.

Und wie sehen Sie die Rolle der Medien?
In den traditionellen Medien will jede Zeitung ihre eigenen Geschichten und sucht deshalb nach eigenen Experten. Das ist legitim. Suboptimal für die Bevölkerung hingegen ist der Umstand, dass verschiedene Zeitungen verschiedene Meinungen von verschiedenen «Experten» zum gleichen Thema publizierten, mit zum Teil diametral anderen Aussagen. Das Resultat war und ist Verunsicherung statt Sicherheit. «Ich weiss langsam nicht mehr, was ich noch glauben soll», hört man immer öfter. Und dann gibt es noch Social Media. Dort herrscht grundsätzlich Anarchie. Und weil der Mensch nur das hört, was er hören will, braucht es einen kleinen Funken und der lodernde Brandherd wird zum Grossfeuer.

Sorgte Corona für eine Renaissance des Boulevard?
Nein, Boulevard-Storys waren immer da. Fakt ist aber, dass Corona zu einer inflationären Viren-Berichterstattung führte. Comedians und Boulevard haben tatsächlich Parallelen mit dem Unterschied, dass der Comedian Menschen zum Lachen bringen will, der Boulevardjournalist aber weiss: «Good news are no news.»

Wenn Panik aber Humor ablöst, leidet grade Ihre Branche stark darunter. Und Sie sagen ja: Wer lacht, lebt länger. Das zeigen Studien.
Das ist so: Corona ist das dominierende Thema im Moment. Das Geschäft mit der Angst beflügelt medial immer. Wer in solchen Zeiten also sein Lachen und den Humor verliert, fährt in einen Sackbahnhof ein.

Glauben Sie, Corona wirkt als Brandbeschleuniger, um in gewissen Branchen eine überfällige Bereinigung voranzutreiben?
Aus philosophischer Sicht: Ja. Es gibt eben Firmen, die ehrlich arbeiten, aber kein Flair oder Agilität haben, um bei neuen Herausforderungen das grosse Geld zu verdienen. Und dann gibt es solche, die jetzt noch belohnt werden und einen Corona-Bonus erhalten, wie etwa Mitarbeiter des BAG. Das ist ein Affront gegenüber all jenen, die sich zum Beispiel in den Spitälern oder Pflegeheimen den Hintern aufreissen.

> «Ich habe festgestellt: Das Publikum will alles hören ausser Witze über Corona.»

Das wäre so, wie wenn Sie Ihr Bühnenprogramm wegen Corona umschreiben müssten und dafür einen Bonus verlangen würden. Man braucht etwas Galgenhumor – da haben Sie als Kabarettist einen Vorteil. Aber wird Comedy nach Corona eine andere sein als zuvor?
Inhaltlich wohl kaum. Ich habe festgestellt: Das Publikum will alles hören ausser Witze über Corona. In einer meiner letzten Shows sagte ich: Leute, ich mache keine Witze über Corona. Ich erhielt fast eine Standing Ovation. Sie haben die Schnauze voll. Obwohl es unglaublich witzige Situationen gibt wegen Corona. Ich beobachtete eine Frau, die sich ärgerte, weil alle bei der Post an ihr vorbei drängten. Bis einer ihr erklärte, dass die Markierung, hinter der sie wartete, für Autofahrer zum Ausladen und nicht Teil der Warteschlange war. Wenn eine Epidemie solche Früchte trägt, wird es langsam gefährlich.

Es ist eine Ermattung zu spüren, kaum wird mit der Maske gegrüsst, Stress und Gereiztheit nehmen in der Öffentlichkeit zu. Da erhält die Floskel «Lachmuskeln trainieren» eine erschreckend reale Komponente. Bräuchte es das jetzt?
Die Geschichte lehrt uns: In Krisen sehnten sich die Menschen nach Fröhlichkeit und Unterhaltung. Das ist auch heute so. Nur suchen sie heute Ablenkung via Social Media, YouTube, Netflix und Ähnlichem. Aber ins Theater dürfen oder wollen sie nicht, aus Angst vor einer Ansteckung.

Aber glauben Sie, dass gerade Live-Kultur zum Bauernopfer für eine Symbolpolitik wird, um alles «Lebenserhaltende» vom Rest zu trennen? So, dass es zur viel zitierten Bereinigung in der Live-Kultur und im Besonderen bei den Live-Comedyshows kommen wird?
Schauen Sie, da muss man differenzieren: Es gibt junge Wilde, die fahren für 200 Franken durch die Schweiz für einen Bühnenauftritt – aus Spass. Dann gibt es andere, die leben vom Job und können gar nicht zu solchen Preisen arbeiten. Und dann gibt es noch solche, die hohe Gagen – 6000 Franken aufwärts – für eine Gala verlangen. Gerade bei dieser Gruppe dürfte es eine Bereinigung geben.

Vermehrt wird online eingekauft und konsumiert: Shows, Unterhaltung, Filme und nicht zuletzt Social Media machen etwas mit uns: Die Aufmerksamkeitsspanne, ein ganzes Programm zu konsumieren, kommt schleichend abhanden, oder nicht?
Ich glaube, es wird nie mehr sein, wie es gewesen war: Das Virus ist jetzt da, vermutlich für längere Zeit. Das zwingt uns, zumindest für Monate, wenn nicht Jahre umzudenken bezüglich Platzzahl, Grösse, Veranstaltungsort. Ausserdem kann älteres Publikum noch etwas, was den Jungen immer mehr abgeht: zuhören. Dieser Trend wird zukünftig die Unterhaltung mitprägen. Nun kann ich mich als Unternehmer vor dieser Entwicklung verschliessen oder nach innovativen Lösungen suchen, um im Trend zu bleiben. Und das ist oberstes Gebot als Komiker, denn nichts ist so alt wie ein Witz von gestern.

Peter Pfändler

Peter Pfändler (59) ist verheiratet und hat zwei kleine Kinder. Er trat 18 Jahre lang im Komiker-Duo «Sutter+Pfändler» auf, seit 2018 ist er mit Soloprogrammen unterwegs. Davor war er 14 Jahre bei Radio Z, 7 Jahre beim Fernsehen, gab und gibt an Fachhochschulen und Kaderschulen Unterricht in Medienkommunikation, bietet Gesichts- und Kommunikationsanalysen an. 20 Jahre lang war er auch Springreiter auf nationalem Niveau.

Unverantwortlicher Angriff der GSoA auf Vorsorge und Werkplatz

Dass die GSoA die Armee abschaffen will, ist nichts Neues. Dass sie nun auch die Schweizer Vorsorgesysteme und den Werkplatz Schweiz nachhaltig beschädigen will, ist hingegen ein Novum. Doch genau dies verheisst ihre Initiative für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten, die am 29. November an die Urne kommt.

Die GSoA-Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» möchte, dass AHV, Pensionskassen oder auch die Nationalbank nicht mehr in Firmen investieren dürfen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von sogenanntem Kriegsmaterial erwirtschaften. Sie dürften also keine Aktien der entsprechenden Unternehmen mehr halten oder ihnen Kredite leihen. Das Investitionsverbot gälte darüber hinaus auch für Anlagefonds, welche Aktien solcher Unternehmen in ihrem Portfolio führen.

Die Initianten bestreiten, dass Schweizer KMU von einem solchen Verbot betroffen wären. AHV und Pensionskassen würden ihr Geld ohnehin nicht in solchen Firmen anlegen, sondern nur in grosse Unternehmen. Dass viele Pensionskassen auch in Fonds investieren, die solche kleinen und mittelgrossen Firmen beinhalten, unterschlagen sie dabei.

Bruno Walliser

Nationalrat SVP
Vorstandsmitglied KGV

Bis zu 3000 Firmen in der Schweiz betroffen

Die starre 5-Prozent-Quote würde nicht nur Rüstungsbetriebe treffen, sondern auch sehr viele Schweizer Zulieferfirmen, zum Beispiel aus der Präzisionsmechanik. Diese Firmen produzieren vielfach Komponenten für die Uhren- oder Medtechbranche. Abnehmer finden sich aber auch in der Flugzeugindustrie. Und Boeing und Airbus bauen bekanntlich nicht nur zivile Flugzeuge, sondern auch Kampfjets, in denen Teile aus Schweizer Betrieben verbaut werden.

Wie Swissmem errechnet hat, könnte das Finanzierungsverbot bis zu 3000 Schweizer Unternehmen betreffen. Denn gemäss Art. 4 der GSoA-Initiative muss sich der Bundesrat national und international dafür einsetzen, dass das Finanzierungsverbot dereinst für den gesamten Finanzplatz gilt. Das würde bedeuten, dass nicht nur AHV und PKs, sondern auch die Geschäftsbanken nicht mehr in Firmen, die die 5-Prozent-Quote überschreiten, investieren dürfen. Nimmt man den Wortlaut der Initiative ernst, wäre den Banken selbst das Führen eines Kontokorrents solcher Firmen untersagt.

Für die betroffenen Unternehmen sind dies existenzbedrohende Aussichten. Der radikalen Finanzierungsverbots-Initiative der GSoA ist aus Unternehmersicht eine klare Absage zu erteilen. Stimmen Sie am 29. November Nein. *(zw)*

Parolen Volksabstimmung vom 29. November 2020

Eidgenössische Vorlagen

Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt»

Die Volksinitiative möchte die Unternehmen verpflichten, in ihrer gesamten Lieferkette umfassende Sorgfaltsprüfungen bezüglich Verletzung von Menschenrechten und Einhaltung von Umweltstandards vorzunehmen, sowie eine Ausdehnung der Haftung gegenüber Zulieferern. Den KMU drohen bei einem Ja noch mehr administrative Mehraufwände und juristische Unsicherheiten und somit zusätzliche Kosten. In wirtschaftlich höchst unsicheren Zeiten sollten Wirtschaft und speziell die KMU nicht zusätzlich geschwächt werden. Mit einem Nein zur Initiative unterstützt man automatisch den Gegenvorschlag des Parlaments. Dieser ist massvoll und nimmt die Kernanliegen der Initiative auf, ohne die Wirtschaft zu schädigen. **Nein**

Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

Die Volksinitiative aus links-grünen Kreisen und der GSoA will die Finanzierung von Kriegsmaterialherstellern weltweit verbieten. Die Einschränkung von Banken v.a. im Bereich der Vermögensverwaltung und der Kreditvergabe ist unverhältnismässig und würde neben dem Finanzplatz auch den Industriestandort Schweiz schwächen. Vor allem den hiesigen KMU der MEM-Industrie würde der Zugang zu Krediten erschwert, wenn sie Teil einer Zulieferkette für Rüstungsbetriebe sind. Diese Volksinitiative schwächt KMU unnötig und sorgt für Verunsicherung. **Nein**

kurz – kritisch – politisch

Ideologie und Glühwein

Christoph Bähler

Der Gastronomie steht das Wasser bis zum Halse. Wegen Corona und der behördlichen Massnahmen fehlen viele Kunden. Wo man früher für ein Mittagessen reservieren musste, ist die Gaststube in diesen Tagen leer. Firmen-Weihnachtsessen werden reihenweise abgesagt. Auch die Höcks der Vereine oder der Jass-Stammtisch fallen weg. Bürgerliche Politiker bemühen sich um Hilfe. Marc Bourgeois und Jürg Sulser, beides KMUler und aktiv im KGV, verlangten im Zürcher Kantonsrat, dass seitens Kanton Erleichterungen für das von Covid-19 besonders betroffene Gewerbe während der kälteren Jahreszeiten vorgesehen werden. Beispielsweise die Aufhebung des Verbots von Heizungen im Freien (bspw. Heizpilze oder Heizstrahler) und die vereinfachte Bewilligung für Fahrnisbauten wie Zelte und Baracken. Dies soll aus gegebener Dringlichkeit gleich kantonal gelten. Der Regierungsrat lehnt das Ansinnen ab. Er ist nicht gewillt, Ausnahmen zu machen. Er versteckt sich hinter Paragrafen und ökologischen Argumenten. Heizpilze seien heute bereits möglich, müssten aber mit erneuerbaren Energien betrieben werden, so der grüne Baudirektor Neukom.

Mitte November wurde der Vorstoss im Kantonsrat behandelt. Wer nun hoffte, dass mit dem Beginn der kalten Jahreszeit das Verständnis für die Forderungen des Vorstosses gestiegen ist, wurde enttäuscht. Die Ratsmehrheit lehnte die Erleichterungen für die Gastronomie ab. Die Voten im Kantonsrat zeigen: Es geht weniger um Vernunft als mehr um Ideologie. Die SP möchte staatliche Essensgutscheine für die Bevölkerung, für die GLP ist die Aufhebung des Verbots herkömmlicher Heizpilze unverhandelbar, die EVP stört sich am Eingriff in Gemeindekompetenzen. Baudirektor Neukom rief die Bevölkerung auf, bei Gelegenheit einen Glühwein mehr zu trinken. Trauriges Fazit: Viel heisse Luft links der politischen Mitte, doch die Gastronomen werden alleine in der Kälte gelassen.

Christoph Bähler, Politischer Sekretär
christoph.baehler@kgv.ch

Kolumne

Klatsch und Tratsch goes digital

Barbara Rüttimann

Pikante Insider-Informationen, Klatsch und Tratsch im Büro, Geschäftsgerüchte – dem Büroalltag kommt gerade ein wesentliches Merkmal des sozialen Kitts abhanden. Oder doch nicht? Für die einen hat diese Form der Kommunikation einen schlechten Ruf; andere wiederum sehen im Klatsch und Tratsch über informelle Kanäle eine clevere Art der Kooperation, die wesentlich zur System- und Identitätsbildung im Unternehmen beiträgt. Bisher hat diese Kommunikationsform durchaus ihre Berechtigung gehabt. Schafft sie doch ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und transportiert Wissen und Werte. Und nicht zu vergessen, es können auch Mängel im System oder z. B. fehlende Innovationsfähigkeit dadurch zutage treten. Stirbt nun dieser Informationskanal und das dazugehörende Wir-Gefühl im Zeitalter von Home-Office und digitalen Meetings aus? Wurden durch den digitalen Wandel die informellen Wege gekappt, sodass jede «Zelle» in seiner eigenen Home-Office-Blase lebt? Wie erreichen kulturelle Werte den Home-Office-Arbeitsplatz?
Der informelle Austausch findet neu auf sozialen (Intranet-)Plattformen statt, wo Inhalte, Meinungen und Arbeiten geteilt, Feedbacks und Kommentare sowie Diskussionen direkt im Kontext angebracht werden. Kann jedoch diese digitale, neue Firmenwelt mit der physisch gelebten Kultur mithalten? Springen digitale Treffpunkte wie Mitarbeiterblogs, Chatplattformen und Social Intranet in diese Bresche und werden diese Tools so zum neuen Standbein in der informellen Kommunikation? Unser neuer Arbeitsalltag bahnt sich unweigerlich den Weg durch den digitalen Informationsdschungel. Es wird sich weisen, ob das viel diskutierte orwellsche Misstrauen effektiv besteht oder die neu geprägte digitale Welt echten Klatsch und Tratsch ermöglicht.

Für ein gutes Klima und gesunde Luft

Nur ein sauberes Lüftungssystem garantiert einen sicheren, energetischen, wirtschaftlichen und hygienisch einwandfreien Betrieb.

tiventa Lüftungsreinigung

tiventa AG
Staffeleggstrasse 5
5024 Küttigen
Telefon +41 (0) 848 000 458
E-Mail: tiventa@tiventa.ch
www.tiventa.ch

Meisterbetrieb mit eigenem Kompetenzzentrum für Raumlufthygiene

QUALITÄTS-MANAGEMENT-SYSTEM EQMZERT® zertifiziert nach DIN EN ISO 9001

Gutschein
für eine Inspektion Ihrer Lüftungs- und Klimaanlage. Rufen Sie uns an oder besuchen Sie unsere Webseite.

STAND-BYE!

Verabschieden Sie sich vom Betrieb ohne Nutzen und sparen Sie Energie und Kosten in Ihrem Unternehmen.

ENERGIE-AGENTUR DER WIRTSCHAFT EnAW

Wir helfen Ihnen dabei. Kontaktieren Sie uns.
www.enaw.ch +41 44 421 34 45

Das Finanzierungs-Verbot der GSoA schadet AHV sowie Pensionskassen. Und es schwächt mutwillig unzählige KMU.

am 29. November

NEIN

GSoA-Initiative

GSoA-nein.ch

KGV
KMU- UND GEWERBEVERBAND KANTON ZÜRICH

Der KGV dankt seinen Sponsoren für ihre Unterstützung

Hauptsponsoren

Zürcher Kantonalbank

asga pensionskasse

BusPro
Das Business-Programm

Groupe Mutuel
Assurances Versicherungen Assicurazioni

Wir bringen Energie EKZ

BDO

swisscom

Co-Sponsoren

Creditreform

ServerBase
We keep IT online

FAIGLE SOLUTIONS AG · RENE FAIGLE AG · FAIGLE
IHRE DOKUMENTE. UNSERE LÖSUNGEN.

Emil Frey

Der Beginn eines Mietverhältnisses

Wenn ein Mietvertrag gegenseitig unterzeichnet ist, sind sich beide Vertragsparteien darüber einig, wann das Mietobjekt zu welchen Konditionen übergeben werden soll. Die Übergabezeit ist dennoch eine Zeitspanne in einem Vertragslebenszyklus, bei welcher sich spannende rechtliche und faktische Fragen jeglicher Art stellen können. Wie beispielsweise mit Mängeln am Mietobjekt umzugehen ist oder wie verfahren werden soll, wenn ein Mieter nach Vertragsabschluss anderweitig ein für ihn besseres Objekt gefunden hat und deshalb das ursprüngliche Mietobjekt gar nicht mehr beziehen will.

Hans Egloff

Eine bessere Alternative

Ist der Mietvertrag unterzeichnet, so ist auch im Mietvertrag der erste Tag der Miete definiert – der Mietbeginn. Nehmen wir beispielsweise an, dass der Mietantritt einer Wohnung auf den 1. April festgelegt worden ist, der Mieter aber zwischenzeitlich eine für seine Ansprüche bessere Wohnung gefunden hat. Es ist nun keineswegs so, dass er einfach den bereits unterzeichneten Mietvertrag für nichtig erklären kann, sondern es braucht hierzu zuerst einmal eine Kündigung des ursprünglichen Mietvertrags. Diese kann aber nicht vor dem 1. April ausgesprochen werden, da der Mietbeginn bis dahin noch gar nicht stattgefunden hat. Die Kündigung kann demzufolge also erst nach dem Mietbeginn ausgesprochen werden. Das bedeutet, dass der Mieter entweder einen Nachmieter stellen muss, der die Wohnung per 1. April übernimmt, oder er kündigt am 1. April, unter Einhaltung der Kündigungsdauer, auf den ersten möglichen Kündigungszeitpunkt.

> «Bei Geschäftsmieten werden als Depot nicht selten Absprachen in Höhe von sechs Monatsmieten getroffen.»

Vorzeitige Schlüsselübergabe

Oftmals kommt es vor, dass der Mietbeginn zwar auf den ersten eines Monats vereinbart wurde, die Übergabe aber faktisch bereits drei oder vier Tage früher erfolgt. Dies geschieht meistens aus Praktibilitätsgründen oder aus Kulanz des Vermieters. Regelmässig hat der Mieter für die Zeitspanne bis zum effektiven Mietbeginn nichts zu bezahlen.

Kein Schlüssel ohne Depot?

Der Vermieter kann vom Mieter ein Depot verlangen. Dieses darf bei Wohnungsmieten nicht mehr als drei Mieten (inkl. Nebenkosten oder Akontopauschale) betragen. Bei Geschäftsmieten hingegen finden sich keine solchen Limitierungen, dennoch muss es sich um einen Betrag in einer verhältnismässigen Grösse handeln. In der Praxis werden nicht selten Absprachen in einer Grössenordnung von sechs Monatsmieten getroffen. Der Vermieter ist hierbei verpflichtet, ein entsprechendes Mieterkautionskonto zu eröffnen. Dieses lautet auf die Mieterschaft und der Vermieter hat keinen eigenhändigen Zugriff auf das Konto. Verweigert die Vermieterschaft die Eröffnung eines solchen Kontos und möchte den Betrag privat auf ein Konto ihrer Wahl legen, so kann der Mieter die Zahlung verweigern respektive – sollte er bereits bezahlt haben – diese jederzeit zurückfordern oder an Mietzinszahlungen verrechnen respektive die Überweisung auf ein Mieterkautionskonto verlangen. Die Zahlung ist zu dem im Mietvertrag vereinbarten Zeitpunkt zu leisten, wobei diese in der Regel vor dem Beginn des Mietverhältnisses erfolgt. Hat der Mieter die Zahlung bis zur Schlüsselübergabe nicht geleistet, obwohl dies so vereinbart worden ist, so kann der Vermieter die Schlüsselabgabe verweigern. Nach Beendigung des Mietverhältnisses ist rasch über die gegenseitigen Ansprüche abzurechnen und das Mieterkautionskonto so bald wie möglich aufzulösen.

Mängel an der neuen Mietsache

Bei der Übergabe der Mietsache durch den Vermieter wird heutzutage in der Regel ein Mängel-Protokoll erstellt, obwohl dies vom Gesetzgeber nicht zwingend vorgeschrieben ist. Das Übernahmeprotokoll wird von beiden Parteien unterzeichnet. Sind auf diesem Protokoll keine Mängel aufgelistet, so liegt bei Vorliegen von Schäden beim Auszug die Vermutung nahe, dass diese während der Mietdauer entstanden sind. Deshalb sollte die Mieterschaft nach Bezug des Mietobjekts – in der Praxis gilt als Faustregel eine Frist innert etwa zehn Tagen – allfällige noch entdeckte Mängel auflisten, dokumentieren und anschliessend diese Unterlagen dem Vermieter per Einschreiben zustellen, damit diese zum Protokoll gelegt werden können.

Für kleine Reparaturen, welche ohne den Beizug von Fachleuten vorgenommen werden können, müssen gemäss Gesetz während des Mietverhältnisses die Mieter bis zu einem gewissen Betrag selbst aufkommen. Dies gilt nicht bei Bezug des Mietobjekts. Zu diesem Zeitpunkt können die Mieter verlangen, dass kleinere Reparatur- und Unterhaltsarbeiten auf Kosten des Vermieters ausgeführt werden. Als Beispiele seien hier undichte Duschschläuche oder fehlende Seifenschalen genannt.

> «Die Kündigung kann erst nach dem Mietbeginn ausgesprochen werden.»

Der Anfangsmietzins

Der Anfangsmietzins stellt schon lange ein Politikum dar. Nachdem in Zürich die Formularpflicht zur Mitteilung des Anfangsmietzinses 2002 abgeschafft wurde, ist sie gut zehn Jahre später wieder einge-führt worden und besitzt heute Gültigkeit. Gemäss Obligationenrecht kann der Mieter den Anfangsmietzins innert 30 Tagen seit Mietantritt bei der Schlichtungsbehörde anfechten. Der Mieter muss dabei darlegen, dass er infolge einer persönlichen Notlage oder aus Gründen örtlicher Marktverhältnisse zum Abschluss des Mietvertrags gezwungen war. Der Mietzins kann ebenfalls angefochten werden, wenn dieser im Vergleich zum Vormieter erheblich erhöht wurde.

Bei der Anfechtung des Anfangsmietzinses muss der Mieter darlegen, dass der Mietzins nach den Kriterien des Gesetzes missbräuchlich ist. Wurde der Mietzins um mehr als 10 Prozent erhöht, wird ge-mäss einem Bundesgerichtsentscheid ein missbräuchlicher Mietzins vermutet. Übergibt der Vermieter das Anfangsmietzinsformular entweder gar nicht oder zu spät, so liegt ein Formfehler vor und somit gilt der vereinbarte Mietzins als ungültig und ist in der Folge nichtig. In diesem Fall kann der Mieter den Mietzins jederzeit anfechten. Wird der Mietzins gegenüber dem Vormieter erhöht, muss diese Erhöhung im Formular begründet werden. ■

Hans Egloff

Rechtsanwalt bei BEELEGAL Bösiger.Engel.Egloff, regelmässiger Verfasser von Ratgeberbeiträgen in der «Zürcher Wirtschaft».

www.beelegal.ch

Kanton Zürich setzt auf Talentförderung

Talentförderung in der beruflichen Grundbildung lohnt sich. Aus diesem Grund lanciert das Mittelschul- und Berufsbildungsamt des Kantons Zürich die Sensibilisierungskampagne «Talentförderung Plus». Die Kampagne wird von Vertreterinnen und Vertretern aus Lehrbetrieben und Organisationen der Arbeitswelt unterstützt.

Carine Legio-Egli

Talente gibt es nicht nur im Sport, in der Kunst oder in der Musik. In zahlreichen Lehrberufen werden leistungsstarke Lernende ausgebildet, die noch viel mehr könnten, wenn sie gezielter gefördert würden. Das Bewusstsein und das Verständnis für eine systematische Förderung von talentierten Lernenden in der beruflichen Grundbildung sind jedoch noch nicht selbstverständlich. Die Sensibilisierungskampagne «Talentförderung Plus» des Mittelschul- und Berufsbildungsamts des Kantons Zürich (MBA) will das gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Lehrbetrieben und Organisationen der Arbeitswelt (OdAs) ändern.

Ziel der Kampagne

Der Fachkräftemangel in der Schweiz wird für die Branchen zu einem immer drängenderen Problem. Die gezielte Förderung des Fachkräftenachwuchses – insbesondere von leistungsstarken Lernenden – kann dem entgegenwirken. Die Sensibilisierungskampagne hat zum Ziel, die Talentförderung in den Betrieben im Kanton Zürich zu stärken und über alle Stufen systematisch einzuführen. Die Kampagne soll zudem Lehrbetriebe und Branchenverbände miteinander vernetzen und motivieren, sich für die Talentförderung von Jugendlichen in der Lehre einzusetzen. Denn klar ist: Mit einer Begabung allein ist es nicht getan. Es braucht den bewussten Entscheid, sich der Talentförderung anzunehmen. Und es braucht ein Umfeld, in dem junge Menschen ihr besonderes Talent entdecken und entwickeln können. Die Kampagne richtet sich primär an Betriebe, Geschäftsleitungsmitglieder, HR-Verantwortliche und Branchenverbände.

Komplexe Talentförderung

Wer den Fachkräftenachwuchs gezielt und aktiv stärkt, schafft viele Vorteile: für die Lernenden, für die Lehrbetriebe selbst, für die Branche und schliesslich für die Gesellschaft. Es gibt jedoch keine einfache oder allgemeingültige Förderungsmassnahme, die für alle Lehrberufe gültig ist oder sich auf alle Jugendlichen anwenden lässt. Die Förderung von talentierten Jugendlichen kann in verschiedenen Berufen unterschiedlich aussehen. Ein Berufspraktikum in der Welschschweiz oder im Ausland zur Förderung der Fremdsprachenkenntnisse kann beispielsweise für einen KV-Lernenden sinnvoll sein, für eine angehende Köchin bietet sich hingegen ein Berufspraktikum in einem Sterne-Restaurant zur Förderung von Fachkenntnissen an. Auch kann schulische Höchstleistung nicht mit beruflicher Begabung gleichgesetzt werden; es sind weitere praxisrelevante Kompetenzen und Fähigkeiten bei der Talentidentifikation ausschlaggebend.

Julia Hurni, angehende Zeichnerin EFZ, wird unterstützt von Berufsbildner Sebastian Brosig. *Bild: MBA*

Die Perspektiven

Eine entscheidende Rolle bei der Förderung von talentierten Jugendlichen fällt den Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern zu. Als wichtige Bezugspersonen erkennen sie, wie die angehenden Berufsleute motiviert und gezielt gefördert werden können. Im Berufsalltag kann dies beispielsweise heissen, dass die Lernenden anspruchsvolle Arbeiten und mehr Verantwortung übernehmen. Aber auch interne Förderprogramme, Berufspraktika, Auslandaufenthalte oder die Teilnahme an Berufsmeisterschaften bringen leistungsstarke Jugendliche weiter. Melanie Aardalsbakke, Projektleiterin beim MBA, ist überzeugt: «Gezielte Förderung von Talenten motiviert die Jugendlichen und lässt sie Höchstleistungen erbringen. Die Kampagne soll dazu beitragen, die Berufsbildung langfristig als attraktiven Ausbildungsweg für leistungsstarke Jugendliche zu positionieren, denn Erfolgsgeschichten sprechen sich herum und ziehen weitere Talente an.» Talentförderung ist aber auch Chefsache. Denn unterstützen Vorgesetzte die Jugendlichen und stehen genügend Ressourcen zur Verfügung, gewinnen alle.

Talentförderung lohnt sich für alle

Die Kampagne setzt auf Vernetzung und den Austausch zwischen den Betrieben und Branchenverbänden. Die neu gestaltete Website ermöglicht genau das und treibt damit eine systematische Talentförderung voran. «Eine Sensibilisierung allein genügt nicht. Es besteht ein Bedarf an Good-Practice-Beispielen und Einblicken in bereits laufende Programme. Talentförderung braucht das Engagement aller Beteiligten, sie bringt aber auch allen viele Vorteile», erklärt Niklaus Schatzmann, Amtschef des Mittelschul- und Berufsbildungsamts. Er versteht Talentförderung als strategischen Entscheid, der in der Unternehmenskultur fest verankert ist. Davon profitieren die Jugendlichen, denen neue Perspektiven aufgezeigt werden, was sich wiederum positiv auf das Wachstum und die Attraktivität des Betriebs und der Branche auswirkt.
Die Talentförderung setzt nicht nur für die Wirtschaft und das duale Bildungssystem ein Zeichen, sondern auch für die Jugendlichen. Sie werden in ihrer Entscheidung, eine Berufslehre zu absolvieren, bestärkt und können dabei ihre Talente weiter entfalten. Das MBA ist überzeugt, dass die Talentförderung einen Mehrwehrt für alle bietet.

Wettbewerbsarbeiten digital präsentiert

Der diesjährige Lehrlingswettbewerb Züri-Oberland fand Corona-bedingt erstmals nicht physisch als Ausstellung statt, sondern digital. Die angehenden Berufsleute konnten vom Publikum in einem Videochat befragt werden. Insgesamt hatten 78 Lehrlinge aus diversen Berufssparten 42 Projekte als Einzel- oder Teamarbeiten eingereicht.

Die drei Konstrukteur-Lehrlinge Flurina Schmidlin, Lara Montano und Severin Hossmann (von links nach rechts) sind stolz auf ihr Projekt, das derzeit noch am Ausbildungsplatz der Hinwiler Firma Ferag AG ein Blickfang ist. *Bild: Marcel Vollenweider*

Marcel Vollenweider

Der Entscheid, die gewohnte Ausstellung der Arbeiten – diesmal hätte der Event für Lernende in den Bezirken Hinwil, Pfäffikon und Uster turnusgemäss in Wetzikon stattgefunden – abzusagen, fiel Ende Oktober angesichts der vom Bundesrat verhängten Einschränkungen wegen der Corona-Pandemie. Doch der Veranstalter, der Verein Lehrlingswettbewerb Züri-Oberland, erwies sich als flexibler Organisator und stellte kurzfristig auf eine digitale Präsentationsform um. Die traditionelle Berufsmesse in den Messehallen in Oerlikon vom 17. bis 21. November wurde derweil ersatzlos gestrichen.

Flexibilität von allen gefragt

Auch die Teilnehmenden am Wettbewerb bewiesen Flexibilität. «Wir haben unsere Präsentation in Form eines Videos über das realisierte Projekt in letzter Sekunde ins Netz gestellt, nämlich am Eröffnungstag der Präsentationsphase», erzählt Lara Montano, Konstrukteurin EFZ im dritten Lehrjahr in der Firma Ferag AG in Hinwil. Ihre Kollegin Flurina Schmidlin, ebenfalls Lernende zur Konstrukteurin EFZ, ist dankbar, dass die Wettbewerbsphase einen würdigen Abschluss hat nehmen können. «Es wäre schon frustrierend gewesen, so lange Energie in ein Projekt zu investieren, um es dann letztlich doch nicht präsentieren zu können», betont sie.

Lehrlinge im Chat befragt

Das interessierte Publikum, darunter auch Schülerinnen und Schüler der Oberstufe, konnte sich auf der digitalen Plattform umsehen, sich über die Arbeit der angehenden Berufsleute informieren und die Lehrlinge über die Arbeitsschritte von der Planung bis zur Realisierung des Projekts befragen. Jeder Teilnehmer und jede Teilnehmerin hatten hierfür Zeitfenster zu kommunizieren, in denen er oder sie für Fragen von Besuchern online im 1:1-Videochat zur Verfügung stehen würden.
«Wir haben die Erfahrung gemacht, dass vor allem die Schülerinnen und Schüler anfänglich eher zurückhaltend von diesem Angebot Gebrauch machten. Vielleicht hatten sie auch etwas Hemmungen, mit einer fremden Person so in Kontakt zu treten», mutmasst Lara Montano.

Handwerk, Kunst, Kulinarik

Auf der Website konnte eine Vielzahl an Projektarbeiten bestaunt werden. Die Lernenden fertigten Möbel, erwiesen sich als kreative Informatiker oder beleuchteten diverse Berufsfelder. Die drei angehenden Konstrukteure Lara Montano, Flurina Schmidlin und Severin Hossmann hatten eine Hebebühne für Motorräder konstruiert. Die Idee dazu hatte Flurina, die die elegante, aus Stahl gefertigte Hebebühne ihrem Vater, einem begeisterten Motorradfahrer, übergeben möchte.
Das Dreiergespann wurde von einer Fachjury letztlich auch mit einem Preis ausgezeichnet. «Ich habe insgeheim gehofft, dass wir eine Auszeichnung erhalten», sagt Montano selbstbewusst. Den Experten habe sicher auch Eindruck gemacht, dass sich zwei Frauen an ein solches Projekt gewagt hätten.

Info

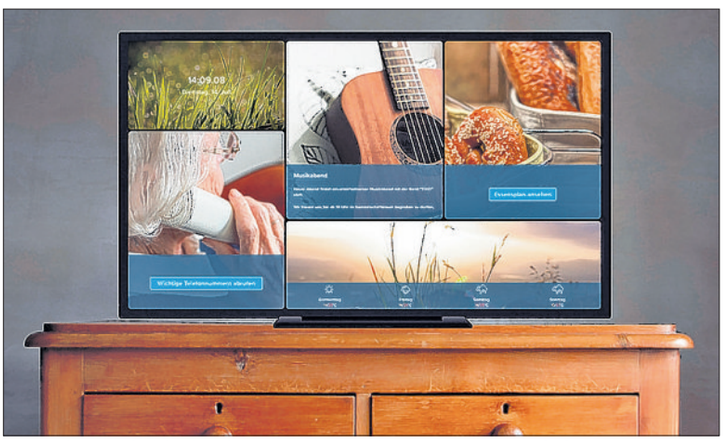
«Absage war keine Option»

OK-Präsident Enrico Müller zeigte sich nach Abschluss der fünf Präsentationstage dankbar über den Entscheid, den Lehrlingswettbewerb kurzzeitig in einer digitalen Version aufzugleisen. Wesentlich dazu beigetragen hätten Simon Boller sowie die Berufsschule Rüti, die digitale Kompetenz sowie Serverkapazität angeboten habe.

Eine Absage des Wettbewerbs sei nie eine Option gewesen. Allenfalls eine Verschiebung ins Frühjahr 2021. «Doch wer hätte uns die Garantie geben können, dass dann alles besser ist?» Festgestellt habe er bei der digitalen Version, dass das Interesse der Oberstufenschüler geringer als bei einer physischen Ausstellung ausgefallen sei. *(mav)*

Rundumlösung in kontaktarmen Zeiten

Das Menü oder das Spa-Angebot sind nicht nur auf Papier denkbar. Die Swisscom erkennt den Trend und nutzt ihn als Chance, um in Hotels, Heimen und anderen Institutionen aufzurüsten: Die digitale Gästebetreuung hält sozusagen Einzug.



Im Heim lassen sich viele Dienstleistungen via Fernseher vom Zimmer aus aufrufen. *Bild: PD / Swisscom*

Dass nicht mehr alles haptisch in Form von Faltprospekten vorhanden sein muss – etwa das Menü –, hat gerade Corona verstärkt aufgezeigt. Die Mechanismen der papierlosen Zukunft einerseits, anderseits die Vernetzung verschiedener Kanäle und Geräte bringt Hotels und Heime dazu, digital aufzurüsten: Was Swisscom «Hospitality-TV» nennt, ist so etwas wie die nächste Generation der digitalen Gäste-Info-Kanäle.

Doch von vorne. Die Schweiz zählt heute über 7800 Hotels und Heime. Um deren Festnetz- und Mobilfunktelefonie, Internet und TV sowie die entsprechenden Geräte kümmern sich oft mehrere Anbieter. Diese arbeiten wiederum mit mehreren Partnern und oft mit unterschiedlichen Lösungen. Das erfordert viel Abstimmung und Koordination.

Swisscom hat nun eine Antwort auf dieses vermeintliche Chaos: Telefonie, Netzwerk, WiFi und Swisscom blue TV können alle aus einer Hand bedient werden. Die gemeinsame technische Plattform «blue TV Host advanced» vereint das Entertainment-Fernsehen blue TV, Managed LAN und – falls gewünscht – Telefonie und Mobile.

Man kennt in grösseren Unternehmen bereits seit Jahren Infokanäle: Diese versorgen Hotelgäste oder Heimbewohner etwa mit topaktuellen Informationen wie Wetterprognosen, Veranstaltungsinfos, Verhaltensregeln zu Covid-19 oder Speisekarten direkt via TV Screen – ob auf dem Zimmer, im Restaurant, in der Lobby oder im Aufenthaltsraum. In der Isolation eines Alters- und Pflegeheims können dieselben Möglichkeiten die abgetrennte Nabelschnur zur Aussenwelt ein Stück weit ersetzen. Swisscom bietet den Infokanal in Zusammenarbeit mit dem Partner Gastfreund (spezialisiert auf digitale Gästebetreuung) mit Sitz in Deutschland an.

Inhouse-TV-Kanal

Ein zusätzliches Angebot ist der Inhouse Channel, welchen Swisscom den Kunden zur Verfügung stellt. Damit lässt sich für Gäste oder Bewohner ein hauseigenes TV-Programm zusammenstellen. Der ermöglicht Hotels etwa, eigene Events wie beispielsweise Veranstaltungen oder Konferenzen live über das Netzwerk zu übertragen. Es handelt sich um einen zusätzlichen TV-Kanal, welcher es Gästen wiederum erlaubt, die Inhalte bequem aus dem Zimmer live auf dem TV-Bildschirm mitzuverfolgen.

Zielgruppen sind aber nicht nur Hotels und Heime. Weitere Branchen haben sich für TV Host oder TV Host advanced – bei dem das Gäste-Wifi bzw. WLAN noch mit dabei ist – entschieden: Stiftungen, Gemeindeverwaltungen, Kinderheime, Behindertenheime, Immobilienfirmen, Eventfirmen. Dass sich auf dem Inhouse-Kanal auch Live-Übertragungen schalten, kann gerade für die Eventbranche interessant sein: Auf dem zusätzlichen TV-Kanal werden etwa Live-Übertragungen wie Konferenzen, Sportlektionen oder Hotelveranstaltungen ausgestrahlt. Gerade in Zeiten voller Unwägbarkeiten wie aktuell in der Corona-Krise kann es eine sinnvolle Alternative sein, etwa einen Gottesdienst statt in der hauseigenen Kapelle im Altersheim live vom Zimmer aus zu verfolgen.

Weitere Vorteile der All-in-One-Lösung (welche allerdings die Gäste kaum wahrnehmen): Es gibt so nur eine Anlaufstelle für TV, Internet, Telefonie und Netzwerkinfrastruktur. Ausserdem sind die Kosten durch einen Festpreis pro Zimmer kalkulierbar, ohne dass in neue Systeme investiert werden muss. Die Technologie wird auch ständig aktualisiert (Managed Service). Mittels Remote-Zugriff kann der Swisscom-Partner auch aufs System zugreifen – etwa bei Störungen.

Nicht nur Hotellerie und Gesundheitsbranche haben die neuen Möglichkeiten entdeckt. «Wir haben neben dem Schwerpunkt mit Hotels und Heimen auch folgende Branchen, die sich für TV Host entschieden haben: Stiftungen, Gemeindeverwaltungen, Kinderheime, Behindertenheime, Immobilienfirmen, Eventfirmen», sagt Marta Matwijow von Swisscom, Marketing-Managerin blue TV Host. Sogar die Kriminalpolizei und eine Bank hätten sich schon für die Lösung interessiert. Das zeige, dass TV Host durchaus auch für andere Branchen interessant sei. *(zw)*

Karl Lüönd

Das wird ein langer, harter Winter!

Dies ist ein merkwürdiger November: Das lange Hoch beim Wetter überblendet das Tief der wirtschaftlichen Stimmung. Die neu verschärften Corona-Bestimmungen haben im Alltag ihre Spuren hinterlassen. Sogar zwischen Zürich und Winterthur ist der Verkehr flüssiger. Weniger Stau an den heissen Stellen, wo die Stadt anfängt, und schon lange hat man auch tagsüber nicht mehr so viele freie Parkplätze gesehen.

Die ersten Restaurants verlassen den Markt. Sie verdienen nicht billiges Bedauern, sondern Respekt. Es sind nicht die schlechtesten Unternehmer, die das Unvermeidliche jetzt sofort tun, statt nach dem Prinzip Hoffnung Kredite zu nehmen, die sie wahrscheinlich doch nicht zurückzahlen könnten.

Die Lage in einzelnen Branchen ist – man kann es nicht anders sagen – dramatisch. Die Chefin des kantonalen Amts für Wirtschaft und Arbeit hat errechnet, dass zum Beispiel die Zürcher Hotellerie im laufenden Jahr 59 Prozent Umsatz verloren hat. Der Landesdurchschnitt liegt bei minus 37 Prozent. Deutlich macht sich ein überdurchschnittlich negativer Züri-Effekt geltend. Wo sich insbesondere die Dienstleister zusammengeballt haben, sind die Schäden logischerweise grösser als anderswo. Derzeit geht Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh für den Kanton Zürich bis jetzt von einem Verlust an Wertschöpfung von 16 Milliarden Franken aus. Dies bedeutet weniger Steuereinnahmen auf Jahre.

Inzwischen hat Corona auch klare Systemfehler offengelegt. Um nicht vom administrativen Durcheinander bei den Gesundheitsbehörden zu reden: Am offenkundigsten ist für mich die Unterbezahlung der überaus anstrengenden und aufreibenden Pflegeberufe. Es wäre kein Fehler, hier sofort Korrekturen anzubringen.

Was ich nicht begreife, ist, dass nicht endlich ein Ruck durch die Reihen der Realpolitiker in allen Parteien geht, die doch überall immer noch die Mehrheit ausmachen. Es wäre jetzt an der Zeit, die Traktandenlisten zu durchkämmen. Es ist nicht nur unnötig, sondern eine Verschwendung der Ressourcen, wenn nach wie vor der Wirtschaft Steine in den Weg gelegt werden. Es ist an der Zeit, all die Luxusprobleme insbesondere der mit Spendengeldern überfütterten Schutzorganisationen auf Eis zu legen.

Auch auf kommunaler Ebene ist es Zeit, der bedrängten Wirtschaft wirksam zu helfen. Die City-Vereinigung Zürich schlägt eine Weiterentwicklung des historischen Parkplatz-Kompromisses vor. Mit einem bemerkenswert offenen Vorstoss willigt sie in einen Abbau von 10 Prozent der oberirdischen Parkplätze ein und schlägt die Umnutzung bestehender Stellplätze für klimafreundliche Elektrofahrzeuge vor.

Erfreulich ist, dass die Sozialdemokraten in einer ersten Reaktion auf diese Idee freundlich reagiert haben. Auch die dort immer noch tonangebenden Realpolitiker scheinen einzusehen, dass die ewige Konfrontation nichts bringt. Gastgewerbe und Detailhandel brauchen jetzt aufbauende, einvernehmliche Lösungen und keine weiteren Showeinlagen für die Galerie.

karl.luond@tolhusen.ch

Europa auf dem Elektrotrip und die Schweiz auf Platz 5

Noch bis vor kurzem befand sich die Elektromobilität in Europa – mit Ausnahme von Norwegen – in einer Art Dämmerzustand. 2020 dürfte laut JATO als Wendepunkt in der Entwicklung der E-Mobilität in Europa gelten. Die Schweiz ist mit einem Anteil von 5,2 Prozent dabei in den Top 5.

Reichweitenangst und Technikskepsis waren bisher die Hauptgründe für die Zurückhaltung in Sachen Elektromobilität. Auch die Autonation Deutschland bevorzugte weiter traditionelle Antriebe. Von der einen Million Elektroautos, die bis 2020 bei uns fahren sollten, wie von der Bundesregierung vor zehn Jahren angekündigt, wurden seither gerade einmal knapp 260'000 zugelassen.

Die deutsche Regierung hat mit klaren Ansagen und finanziellen Anreizen dafür gesorgt, dass das Reich der Mitte innerhalb weniger Jahre zum grössten Markt für E-Fahrzeuge wurde. Eine klare Strategie. Doch die – Autogipfel hin, Klimaziele her – fehlt in Europa bis heute. Aber es ist Bewegung in die Sache gekommen und in vielen europäischen Ländern sind mittlerweile signifikante Veränderungen festzustellen. Bereits seit Anfang des Jahres steigen die Zahlen.

2020: Wendepunkt in der Entwicklung der E-Mobilität

2020 dürfte als Wendepunkt in der Entwicklung der E-Mobilität in Europa gelten. Während der Anteil an Diesel- und Benzinfahrzeugen um jeweils 40 Prozent zurückging, legten die E-Cars gegenüber dem Vergleichszeitraum 2019 ordentlich zu: Batterieelektrische Autos um 53, Hybride um 32 und Plug-in-Hybride sogar um 161 Prozent.

Allein in Deutschland wurden im September mehr als 21'000 E-Autos angemeldet – zweieinhalbmal so viele wie ein Jahr zuvor. Doch Spitzenreiter in Europa ist nach wie vor Norwegen, das bereits seit den 1990er-Jahren systematisch elektromobil macht.

Weitere europäische Länder versuchen nachzuziehen. So legte der EV-Marktanteil etwa in den Niederlanden von 6,5 auf fast 9 Prozent zu, in Schweden ging es von 4,5 auf 7 Prozent nach oben. Hohe Ziele weiterhin auch in Deutschland: Bis 2030 will man beeindruckende 10 Millionen Elektrofahrzeuge an die Ladesäulen bringen, von denen dann eine Million installiert sein sollen.

Die vier meistverkauften E-Autos (Januar–Oktober 2020) in der Schweiz (autonews.ch). *Bilder: zvg*

Von den im Sommer beschlossenen 130 Milliarden Euro als Konjunkturpaket für die Zeit nach Corona soll ein beträchtlicher Teil zur Unterstützung der Elektromobilität eingesetzt werden. Auch Frankreich will den staatlichen Zuschuss für den Kauf eines Elektrofahrzeugs erhöhen – von 6000 auf 7000 Euro.

Die Schweiz liegt mittlerweile bei 5,2 Prozent und in den Top 5. Einen wirklich signifikanten Anteil am europäischen Neufahrzeugmarkt erreichen E-Autos aber erst dann, wenn ihre Gesamtbetriebskosten mit denen der Verbrenner vergleichbar sind. *(zw)*

Quelle: A&W Verlag AG

Der Wadenbeisser

Der kleine Liam ist überzeugt: Drohnen werden den Krieg gegen das Virus entscheiden. Karikatur: Pascal Coffez

Impressum

Mitteilungsblatt für die Mitglieder des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Zürich

Herausgeber
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich
Telefon 043 288 33 66, Fax 043 288 33 60

Redaktion
zuercherwirtschaft@kgv.ch
Telefon 043 288 33 66
Mitarbeiter: Marcel Hegetschweiler, Iris Rothacher, Marcel Vollenweider

Chefredaktor
Mark Gasser, Zürcher Wirtschaft
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich
Telefon 043 288 33 67, Fax 043 288 33 60

Zürcher Wirtschaft
Total verbreitete Auflage: 26'943 Expl. (WEMF)
davon verkauft / dont vendu: 17'101 Ex.
Erscheinungsort: Zürich
Erscheinungsweise: 11-mal pro Jahr
Nachdruck unter Quellenangabe gestattet, Belegexemplare erbeten

Produktion, grafische Gestaltung
bachmann printservice gmbh
Inhaber: Samuel Bachmann
Javastrasse 4, 8604 Volketswil
044 796 14 44 (Produktion), 044 796 14 42 (direkt)
info@bachmann-printservice.ch
www.bachmann-printservice.ch

Druck
NZZ Media Services AG

Gestaltungskonzept
Samuel Bachmann, bachmann printservice gmbh
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich

Anzeigenverwaltung
bachmann printservice gmbh
Samuel Bachmann
Javastrasse 4, 8604 Volketswil
044 796 14 44 (Produktion), 044 796 14 42 (direkt)
info@bachmann-printservice.ch
www.bachmann-printservice.ch

Annahmeschluss für Inserate
am 28. des Vormonats

Adressänderungen
bitte direkt an den Herausgeber:
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich
Ilgenstrasse 22. 8032 Zürich. **info@kgv.ch**
Bitte Nummer über Adressaufdruck angeben
www.kgv.ch

TOPADRESSEN – die günstigste Art zu werben – verlinkt und online auf allen Kanälen abrufbar!

Abdeckblachen – Hüllen – Zelte

Blacho-Tex AG
Schutzhüllen und Zelte aller Art
Tel. 056 624 15 55, **www.blacho-tex.ch**

Alarmanlagen / Sicherheit

ALARM.ch AG – 8620 Wetzikon ZH
Telefon 044 953 30 30 – **www.alarm.ch**

Anzeigenmarketing / Medien

bachmann printservice gmbh
Telefon 044 796 14 44
info@bachmann-printservice.ch
www.bachmann-printservice.ch

Berufliche Vorsorge (BVG)

ASGA Pensionskasse
Ueberlandstrasse 111, 8600 Dübendorf
Telefon 044 317 60 50, **www.asga.ch**

Dachdecker / Spengler

Staudacher + Söhne AG / 044 421 20 10
Dachreparaturen + Flachdachsanierung
www.staudacher-soehne.ch

Ferien-, Bus- und Carreisen

KOPF REISEN AG , 052 384 10 00, 15–80 Plätze
www.kopf-reisen.ch, info@kopf-reisen.ch

Garten- und Landschaftsbau

Schädeli Gartenbau
Unterhalt und Renovationen
8046 Zürich, Kügeliloostrasse 39
Telefon 044 371 41 30, Fax 044 371 41 97
gartenbau@schaedeli.ch
www.schaedeli.ch

GPS Ortung für Fahrzeuge

gps-online.ch – Telefon 043 844 00 84

Hauswartungen

sf home + garden ag
Facility Service, Hauswartungen
8050 Zürich, Kügeliloostrasse 48
Telefon 044 313 13 44, Fax 044 311 91 35
info@home-garden-ag.ch
www.home-garden-ag.ch

Nachfolgeregelungen + Firmenverkauf

Citecs AG
Lägernweg 10; 8185 Winkel
Tel.: 044 862 3151; Mobile: 076 388 31 54
www.citecs.ch; citecs@citecs.ch

Nachfolgeregelungen + Firmenverkauf

45-jährige Storenfirma in Zürich zu verkaufen.
nachfolgeregelungstoren@gmx.ch

Textilien + Werbeartikel

Jim Bob – Fohlochstr. 5A - 8460 Marthalen
Telefon 052 305 4000
info@jimbob.ch – www.jimbob.ch

Vorsorgeauftrag

PFP Hefele & Partner AG, Pfäffikon ZH
www.rechtzeitig.ch, Tel. 044 929 60 00

Direkt online buchen: www.topadressen.ch

☐ 6 x ☐11 x (immer monatlich folgend!) – Bitte ankreuzen!

	Max. Zeichen (inkl. Leerzeichen)	Preis CHF 6 Ausgaben	Preis CHF 11 Ausgaben
Rubrik	28	gratis	gratis
Textzeile 1 (Firma)	28	105.–	172.–
Textzeile 2	38	210.–	324.–
Textzeile 3	38	305.–	476.–
Textzeile 4	38	395.–	628.–
Textzeile 5	38	495.–	780.–
Textzeile 6	38	590.–	932.–

Mindestbestellung:
Rubrik (gratis) + 1 Textzeile. – alle Preise exkl. MWST

bachmann printservice gmbh
Javastrasse 4, 8604 Volketswil
Telefon: 044 796 14 44
info@bachmann-printservice.ch
www.bachmann-printservice.ch

Nachfolgeregelung und Perspektiven 2021, mit **Hintergrundberichten zur Wirtschaft und Politik,** mit dem **KMU-Ratgeber** und **profilierten Kolumnisten** sowie den **News und Aktivitäten** aus den **Gewerbevereinen** und dem **KGV** stehen in der **Ausgabe** der **«Zürcher Wirtschaft»** vom **17. Dezember 2020 – Anzeigenschluss: 2. Dezember 2020!**

Inserate-Newsletter: Einfach **QR-Code** mit dem **Smartphone** scannen und anmelden: Kostenlose **QR-Code-Scanner** gibt's für Android, iPhone und Windows Phone!

bachmann printservice gmbh
Samuel Bachmann, Inhaber und Geschäftsleiter. Telefon: 044 796 14 42
Telefon: 044 796 14 44 (Produktion). **www.bachmann-printservice.ch**
E-Mail für Anzeigenaufträge: **info@bachmann-printservice.ch**

KGV Zürcher Wirtschaft

Formularpflicht bei Mieterwechseln – Ein taugliches Instrument oder ein Rohrkrepierer?

Seit dem 1. November 2013 gilt im Kanton Zürich bei Mieterwechseln wieder die Formularpflicht, nachdem sie bereits von 1995 bis 2003 Bestand hatte. Seither muss der Vermieter bei Mieterwechseln auf einem speziellen, amtlichen Formular wieder die Höhe der Vormiete wie auch eine allfällige Änderung des Mietzinses bekannt geben. Zeit für eine Bilanz.

Vor ein paar Wochen war im «Tages-Anzeiger» zu lesen, dass die Zahl der Anfechtungen des Anfangsmietzinses in den letzten Jahren markant zugenommen habe. Am Ende des Artikels wurde zwar relativiert, es wären insgesamt nicht sehr viele – ein eigentliches Problem war nicht auszumachen. Trotzdem habe ich mich etwas in die aufgeworfenen Fragen vertieft. In den vergangenen Jahren sind die Anfechtungen tatsächlich auf jeweils zwischen rund 100 bis 200 Verfahren pro Jahr angestiegen – noch in den 90er-Jahren waren es jeweils ein paar wenige Dutzend. Diese Entwicklung führe ich allerdings vor allem auf die wiederholten Aufrufe des Mieterverbandes zurück, die Anfechtung quasi zum Regelfall zu machen. Rechtsfälle um Anfangsmieten waren in der Vergangenheit jedenfalls sehr selten: 1999 waren es neun, 2000 gar nur sechs und 2001 zehn. Oder als Richtgrösse in Prozenten: Im Jahr 2000 haben im Kanton Zürich 0,0075% der Mieter ihre Anfangsmiete angefochten. Zum Vergleich: Im Kanton Zürich werden Jahr für Jahr rund 80'000 neue Mietverträge abgeschlossen. Gebracht hat die Formularpflicht ausser viel Papier und Leerlauf also nichts.

Wohnungen statt Formulare

Nicht umsonst hat die ganz grosse Mehrheit der Kantone schon immer auf die Formularpflicht verzichtet. Dagegen führt ein übertriebener Formalismus im Mietrecht wie etwa die Formularpflicht bloss dazu, dass ein an sich lapidares Rechtsverhältnis von vielen Bürgerinnen und Bürgern kaum mehr ohne rechtlichen Beistand oder Unterstützung eines Verbandes bewältigt werden kann. Zwei mündige und urteilsfähige Personen sollten allerdings auch ohne staatlichen Einfluss durchaus in der Lage sein, einen Vertrag nach ihrem Gutdünken abzuschliessen.

Dies nicht zuletzt deswegen, weil Umfragen regelmässig eine sehr hohe Mieterzufriedenheit attestieren. Die Wohnungsknappheit in den Zentren macht allenfalls deutlich, dass die Investitionslust einer Stimulation bedarf. Etwas mehr Markt und etwas weniger Bürokratie wäre genau das Richtige. Vor diesem Hintergrund erstaunt es, dass der Mieterverband verbissen an der Formularpflicht festhält, statt etwa zu fordern: «Wohnungen statt Formulare!»

Hans Egloff,
alt Nationalrat
Präsident HEV Kanton Zürich

Warm anziehen

Jahreszeitkonform ist es kühl geworden. Und gerade in Zeiten von Corona, in denen ausgehen eher nicht angesagt ist, sind wir froh, den Feierabend zuhause in der warmen Stube verbringen zu können. Eine funktionierende, gut unterhaltene Heizung ist hier eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Dennoch wird sich, wer ein älteres Haus mit einer älteren Heizung sein Eigen nennt, warm anziehen müssen. Denn sowohl auf Bundes- wie auf kantonaler Ebene drohen neue Regelungen, will heissen neue Zwänge.

Dass in Energiefragen Normen immer wieder geändert werden, liegt in der Natur der Sache und ist zu einem grossen Teil auf den technologischen Fortschritt zurückzuführen. Kaum jemand wird zudem heute noch bestreiten wollen, dass wir der Umwelt mehr Sorge tragen müssen, als wir es in der Vergangenheit getan haben. Die Frage ist wie. Dem Gesetzgeber sind insbesondere Öl- und Gasheizungen ein Dorn im Auge.

Der HEV Schweiz wird an seiner Delegiertenversammlung, die wegen Corona auf dem Schriftweg durchgeführt wird, entscheiden, ob er das Referendum gegen das Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO_2-Gesetz) unterstützt. Dieses sieht unter anderem vor, dass für Hauseigentümerinnen und -eigentümer die Lenkungsabgabe auf Brennstoffe von CHF 96 pro Tonne CO_2 – rund 25 Rappen pro Liter Heizöl – stufenweise auf bis zu CHF 210 pro Tonne CO_2 erhöht werden soll, was pro Liter Heizöl rund 55 Rappen bedeuten würde. Bei einem durchschnittlichen Heizöl-Jahresverbrauch eines Einfamilienhauses von 3'000 Liter würde dies eine finanzielle Mehrbelastung von CHF 900 bedeuten.

Freiwilligkeit statt Zwang

Im Kanton Zürich wird derweil das kantonale Energiegesetz teilrevidiert. Der HEV Kanton Zürich unterstützt im Grundsatz die Stossrichtung, die CO_2-Emissionen aus Öl- und Gasheizungen weiter zu reduzieren, setzt im Unterschied zum regierungsrätlichen Entwurf aber auf Freiwilligkeit und Eigenverantwortung. Viele Hauseigentümerinnen und -eigentümer tragen der Umwelt bereits Sorge und investieren teilweise viel Geld in ihre Immobilie, damit der CO_2-Ausstoss sinkt. Dies tun sie mit viel Engagement. Ohne Zwang und staatliche Vorschriften.

Was die Zukunft in Sachen Heizung bringt, ist im Moment völlig offen. Der HEV Kanton Zürich wird aber alles daransetzen, dass im Gebäudebereich auch in Zukunft an den bewährten Prinzipen Wahlfreiheit, Freiwilligkeit und Selbstverantwortung festgehalten wird.

Albert Leiser,
Direktor Hauseigentümerverbände
Stadt und Kanton Zürich

Weitere Informationen:
www.hev-zh.ch

HEV Kanton Zürich